credit shelf

KONZERN-GESCHÄFTSBERICHT

31. DEZEMBER 2023

Inhalt

1. AN UNSERE AKTIONÄRE ... 1
1.1 BRIEF AN DIE AKTIONÄRE ... **1**
1.2 BERICHT DES AUFSICHTSRATS ... **2**
2. KONZERNABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2023 ... 7
2.1 KONZERNBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2023 ... **7**
2.2 KONZERN- GESAMTERGEBNISRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023 ... **9**
2.3 KONZERN-EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023 ... **10**
3. KONZERNLAGEBERICHT ZUM 31. DEZEMBER 2023 ... 1
3.1 GRUNDLAGEN DES KONZERNS ... **1**
3.1.2 GESCHÄFTSMODELL UND STRATEGIE ... 1
3.2 WIRTSCHAFTSBERICHT ... **2**
3.2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHES UMFELD ... 2
3.2.2 BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN ... 3
3.2.3 WETTBEWERB UND MARKTSTRUKTUR ... 4
3.2.4 GESCHÄFTSVERLAUF ... 5
3.2.5 ERTRAGS-, VERMÖGENS- UND FINANZLAGE DER CREDITSHELF ... 5
3.3 GESAMTEINSCHÄTZUNG DES VORSTANDES UND VORJAHRESVERGLEICH ... **9**
3.4 RISIKO- UND CHANCENBERICHT ... **9**
3.5 PROGNOSEBERICHT ... **10**
3.4 VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM STICHTAG (NACHTRAGSBERICHT) ... **11**
4. ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS DER CREDITSHELF AG ... 12
4.1 Allgemeine Informationen ... **12**
4.2 Grundlagen zur Aufstellung des Abschlusses ... **12**
4.3 Erläuterungen zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ... **13**
Versagungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers ... 1
Versicherung der gesetzlichen Vertreter ... 1
Impressum ... 2

CREDITSHELF AKTIENGESELLSCHAFT – KONZERN-GESCHÄFTSBERICHT 2023

1. AN UNSERE AKTIONÄRE

1.1 BRIEF AN DIE AKTIONÄRE

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Aktionärinnen und Aktionäre,

das Geschäftsjahr 2023 war für die creditshelf AG ein Jahr extremer Herausforderungen. Es war maßgeblich durch die restriktive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank geprägt, die zur Bekämpfung der Inflation die Zinsen deutlich anhob. Die daraus resultierenden steigenden Finanzierungskosten und die schwache konjunkturelle Entwicklung stellten den deutschen Mittelstand, und damit auch unser Geschäftsmodell, vor eine Belastungsprobe.

Trotz dieses Umfelds verzeichnete creditshelf im Jahr 2023 weiterhin eine hohe Nachfrage nach flexiblen Finanzierungslösungen. Wir konnten uns in der ersten Jahreshälfte als Partner für den Mittelstand behaupten, mussten jedoch zunehmend gegen ein selektiveres Refinanzierungsumfeld und gestiegene Anforderungen im Risikomanagement agieren.

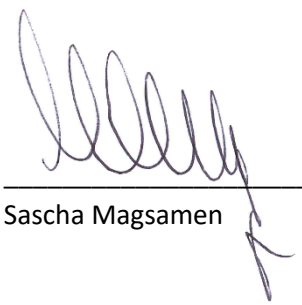
Ein zentraler operativer Fokus lag 2023 auf der Aktivierung der Refinanzierungsfazilität mit Goldman Sachs. Während dieser Meilenstein unsere Kapazitäten zunächst erweitern sollte, zeigten sich im Jahresverlauf zunehmende Abhängigkeiten und strukturelle Hürden in der Refinanzierungsbasis, die die Stabilität des Geschäftsmodells unter Druck setzten. Parallel dazu arbeiteten wir intensiv an Effizienzsteigerungen und der Digitalisierung unserer Plattform, um die Resilienz der Gesellschaft zu stärken.

Aus der heutigen Perspektive des Jahres 2026 blicken wir auf ein Jahr zurück, das die Weichen für die tiefgreifenden Veränderungen der Folgejahre stellte. Die im Jahr 2023 unternommenen Anstrengungen zur Kapitalsicherung reichten letztlich nicht aus, um die im Jahr 2024 eingetretene Liquiditätskrise und das anschließende Insolvenzverfahren abzuwenden.

Wir sind uns bewusst, dass die Verzögerung in der Berichterstattung und die wirtschaftliche Entwicklung der Jahre 2024 und 2025 eine hohe Belastung für Ihr Vertrauen darstellten. Der vorliegende Bericht für 2023 dokumentiert somit den Zustand der Gesellschaft unmittelbar vor dem notwendigen Sanierungsprozess, der heute die Basis für einen Neuanfang unter veränderten Vorzeichen bildet.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Vorstand



Sascha Magsamen

1.2 BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Aktionärinnen und Aktionäre,

der Aufsichtsrat der Creditshelf Aktiengesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben mit großem Engagement wahrgenommen und möchte Sie nachfolgend über seine Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr informieren.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand regelmäßig umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über die strategische Weiterentwicklung des Unternehmens, die Unternehmensplanung, den Geschäftsverlauf, die Entwicklung wichtiger finanzieller Kennzahlen, besondere Geschäftsvorfälle, die Personalentwicklung sowie das interne Kontrollsystem, das Risikomanagement und die Compliance berichten lassen. Im Rahmen des Prüfungsausschusses hat sich der Aufsichtsrat intensiv mit den Jahres- und Quartalsabschlüssen der Gesellschaft beschäftigt. Er hat die Geschäftsführung des Vorstands im abgelaufenen Geschäftsjahr sorgfältig überwacht und beratend begleitet. In die Entscheidungen des Vorstands, die für das Unternehmen grundlegende Bedeutung hatten, war er eingebunden.

Gegenstand und Umfang der Berichterstattung durch den Vorstand entsprachen den Anforderungen des Aufsichtsrats in vollem Umfang. Fragen an den Vorstand wurden jederzeit ausführlich und kurzfristig beantwortet. In den Aufsichtsratssitzungen stand der Vorstand zur Erörterung der Sitzungsthemen zur Verfügung. Alle Geschäftsführungsmaßnahmen, die aufgrund von Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats bedurften, haben wir eingehend geprüft und mit dem Vorstand diskutiert.

Der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstandsvorsitzende standen laufend in Kontakt, sodass der Aufsichtsratsvorsitzende stets unverzüglich über alle wichtigen Ereignisse informiert war, die von wesentlicher Bedeutung für die Beurteilung der Lage und Entwicklung von creditshelf waren. Damit war der Aufsichtsratsvorsitzende auch zwischen den Sitzungsterminen des Aufsichtsrats fortlaufend ausführlich unterrichtet. Ferner kam es zu einem regelmäßigen Austausch des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mit Vorstand und Mitarbeitern der Gesellschaft, in dem insbesondere regelmäßig die Qualität der Aufbau- und Ablauforganisation sowie Ablauf und Qualität der Abschlussprüfung diskutiert wurden.

Die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, wie beispielsweise zu Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, nehmen die Mitglieder des Aufsichtsrats eigenverantwortlich wahr und werden dabei von der Gesellschaft unterstützt. Zur gezielten Weiterbildung werden bei Bedarf interne Informationsveranstaltungen angeboten.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2023 fanden acht Sitzungen des Aufsichtsrats statt, die als Hybridveranstaltungen mit Anwesenheit der Mitglieder vor Ort oder per Videokonferenzzuschaltung durchgeführt wurden. Bei allen Sitzungen tagte ebenfalls der Prüfungsausschuss.

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2023 auch ohne den Vorstand. Dabei wurden Tagesordnungspunkte behandelt, die entweder den Vorstand selbst betrafen oder eine interne Diskussion durch den Aufsichtsrat erforderten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Sitzungstermine des Aufsichtsrats mit Anwesenheiten im Geschäftsjahr 2023:

	Rolf Elgeti	**Rolf Hentschel**	**Julia Heraeus-Rinnert**	**Dr. Joachim Rauhut, abgelöst durch Britta Becker zum 4. Juli 2023**	**Prof. Dr. Dirk Schiereck**
	Vorsitz	**Stellv. Vorsitzender, Vorsitzender des Prüfungsausschusses**	**Mitglied des Aufsichtsrats**	**Mitglied des Aufsichtsrats, Stellv. Vorsitzender des Prüfungsausschusses**	**Mitglied des Aufsichtsrats**
Datum					
16. Januar 2023	x	x	x	x	x
13. März 2023	x	x	x	x	x
28. April 2023		x	x	x	x
9. Mai 2023		x	x	x	x
4. Juli 2023		x		x	x
23. August 2023	x	x	x	x	x
2. November 2023	x	x	x	x	x
13. Dezember 2023	x	x	x		x

Nachfolgend informieren wir Sie zu Themenschwerpunkten und weiteren Tätigkeiten des Aufsichtsrats im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Umlaufbeschluss im Januar (Kapitalerhöhung im Rahmen der RSU-Programme)

Am 16. Januar 2023 fasste der Aufsichtsrat einstimmig den Umlaufbeschluss, dem Beschluss des Vorstands zur teilweisen Ausnutzung des genehmigten Kapitals zuzustimmen, um die zu diesem Zeitpunkt bestehenden Ansprüche aus den aktienbasierten Mitarbeiteranreizprogrammen („Restricted Stock Units“-Programme, kurz „RSU“) zu bedienen. Zu diesem Zweck wurde im Rahmen des Beschlusses das Grundkapital der Gesellschaft um 8.087,00 EUR durch die Ausgabe von 8.087neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien ohne Nennbetrag auf insgesamt 1.395.961,00 EUR erhöht. Die Satzung der Gesellschaft wurde im Rahmen des Beschlusses entsprechend angepasst.

März-Sitzung

In der Sitzung am 13. März 2023 besprach der Aufsichtsrat Einzelheiten zu dem Projekt „Golden“, in dessen Rahmen alle drei Bieter (J.C. Flowers, CarVal und Cerberus), die Non-Binding Offers abgegeben hatten, ihr Interesse an einer Teilnahme an der zweiten Phase bestätigten. Die finalen Fassungen des Engagement Letters und des Process Letters befinden sich noch in Abstimmung mit dem Advisor Alantra und werden kurzfristig erwartet. Parallel dazu werden die Datenräume für die operative und rechtliche Due Diligence vorbereitet.

Im Zusammenhang mit der Goldman-SPV-Transaktion wurde der Zeitplan konkretisiert: Ein Utilization Request muss bis spätestens 24. März 2023 erfolgen, um die geplante Einzahlung rechtzeitig umzusetzen und erste Kreditvergaben noch vor Quartalsende zu ermöglichen. Dies stellt eine zentrale Voraussetzung für die Fortführung der Zusammenarbeit mit Goldman Sachs dar. Die jüngsten Entwicklungen im Bankensektor könnten perspektivisch Auswirkungen auf Finanzierungsbedingungen und regulatorische Anforderungen haben, ändern jedoch aktuell nicht die Einschätzung zur Umsetzbarkeit der Transaktion, wenngleich Nachverhandlungen möglich erscheinen.

Weitere Themen betrafen die laufenden Abstimmungen mit Investoren und Finanzierungspartnern, die Prüfung von Liquiditäts- und Szenarioplanungen sowie mögliche Chancen und Risiken aus dem veränderten Marktumfeld. Zudem wurde die Kostenkontrolle durch das Zurückstellen eines neuen Mietvertrags adressiert.

April-Sitzung

In der Sitzung vom 28. April 2023 hat der Aufsichtsrat den Konzern- und Jahresabschluss sowie die Lageberichte geprüft, keine Einwände erhoben und diese einstimmig gebilligt; der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Im Projekt „Golden“ fanden vertiefende Gespräche mit den Investoren J.C. Flowers, Cerberus und CarVal statt, die durchweg positives Feedback zur Professionalität und Organisation der Gesellschaft ergaben. Die Funding-Situation soll im weiteren Prozessverlauf detaillierter adressiert werden. Zudem wurden Themen rund um die Hauptversammlung vorbereitet sowie personelle Veränderungen im Aufsichtsrat angekündigt.

Mai-Sitzung

Am 9. Mai 2023 diskutierten Aufsichtsrat und Vorstand über die im Projekt „Golden“ Anfang April 2023 die gestartete Binding-Offer-Phase, nachdem mehrere Investoren Interesse bekundet hatten. J.C. Flowers und Cerberus bleiben nach positiven Gesprächen im Prozess, während CarVal ausgestiegen ist. Parallel werden Vertragsoptionen und Due-Diligence-Prüfungen vorangetrieben, wobei ein Abschlusszeitpunkt und die Beteiligungsstruktur noch offen sind. Zur Überbrückung des kurzfristigen Funding-Bedarfs arbeitet die Gesellschaft an Lösungen mit Goldman Sachs sowie weiteren Investoren,

während operative Auswirkungen auf Kundenbeziehungen begrenzt bleiben. Zudem laufen die Vorbereitungen für die Hauptversammlung, einschließlich personeller Veränderungen im Aufsichtsrat und organisatorischer Maßnahmen.

Konsultierende Aufsichtsratssitzung im Juli

In der Sitzung vom 4. Juli 2023 wurde Rolf Elgeti erneut zum Aufsichtsratsvorsitzenden und Rolf Hentschel zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt; zugleich blieb die bestehende Governance-Struktur mit unverändertem Prüfungsausschuss bestehen. Operativ liegt der Fokus weiterhin auf der Bewältigung des Funding-Engpasses, wobei die Gespräche im Rahmen von Projekt „Golden“ fortgeführt werden und parallel eine potenzielle strategische Transaktion mit einem Fintech-Unternehmen geprüft wird. Diese könnte Eigenkapital, zusätzliche Finanzierungsmittel sowie Vertriebssynergien umfassen und wird aktuell in Form eines Term Sheets konkretisiert. Flankierend setzt das Unternehmen Maßnahmen zur Kostensenkung um und treibt die Weiterentwicklung von Geschäft und Vertrieb voran.

August-Sitzung

Am 23. August 2023 bestätigte der Aufsichtsrat einstimmig die Beschlüsse der konstituierenden Sitzung sowie die ausstehenden Protokolle. Im Projekt „Golden“ werden parallel Gespräche mit mehreren potenziellen Partnern geführt, darunter ein finnisches Fintech (Kapitalerhöhung und Finanzierungslösung), eine Schweizer Plattform mit Übernahmeinteresse sowie ein britisches Fintech in früher Phase; konkrete Fortschritte hängen auch von der Lösung des Goldman-Sachs-Vehikels ab. Die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation bleibt angespannt, ist kurzfristig jedoch durch Maßnahmen der Obotritia Capital abgesichert, während mittelfristig eine Investorenlösung erforderlich ist. Strategisch setzt der Aufsichtsrat auf parallele Verhandlungen, um die Verhandlungsposition zu stärken und eine zeitnahe Finanzierungslösung zu erreichen.

November-Sitzung

Im Projekt „Golden“ konzentrieren sich die Gespräche aktuell auf einen potenziellen Käufer („Tübingen“), der ein unverbindliches Übernahmeangebot abgegeben hat; ein verbindliches Angebot steht jedoch noch aus und bleibt unsicher. Parallel stellt die Kündigung der Zusammenarbeit durch die Raisin Bank eine zentrale operative Herausforderung dar, für die mehrere Alternativen (neue Fronting Bank, elektronische Wertpapiere oder Fondsstruktur) geprüft werden.

Zudem ist die Gesellschaft kurzfristig mit der Suche nach einem neuen Abschlussprüfer konfrontiert, nachdem das ursprünglich mandatierte Unternehmen überraschend abgesagt hat. Schließlich besteht Handlungsbedarf bei der Verlängerung der auslaufenden Vorstandsverträge, wobei eine zeitnahe Lösung zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Gesellschaft erforderlich ist.

Dezember-Sitzung

Am 13. Dezember 2023 genehmigte der Aufsichtsrat das Protokoll der vorherigen Sitzung einstimmig. Im Rahmen des Managementberichts informierte der Vorstand über den aktuellen Stand wesentlicher Projekte und Finanzierungsfragen. Im Projekt „Golden“ werden weiterhin Gespräche mit mehreren potenziellen Investoren geführt, wobei insbesondere mit einem Investor (Multitude) fortgeschrittene Verhandlungen bestehen. Für weitere Optionen (u. a. Teylor, Chapters und Lafayette) bestehen unterschiedliche Entwicklungsstände mit insgesamt heterogener Erfolgswahrscheinlichkeit.

Im Bereich Funding berichtete der Vorstand über die ausstehende Aktivierung einer bestehenden Fazilität sowie mögliche Anpassungen der Finanzierungsstruktur. Parallel werden Alternativen zur bisherigen Fronting-Bank-Lösung geprüft, darunter neue Finanzierungsmodelle und Kreditfondsstrukturen.

Die Personalsituation ist durch mehrere Eigenkündigungen angespannt. Zur Stabilisierung des operativen Geschäfts wurde eine Retention-Maßnahme für zentrale Mitarbeiter beschlossen.

Die Budgetplanung für die Jahre 2024 bis 2026 wurde aufgrund unsicherer Annahmen nur vorläufig erörtert; der Fokus liegt kurzfristig auf der Liquiditäts- und Eigenkapitalentwicklung. Eine aktualisierte Planung soll im Januar vorgelegt werden.

Abschließend wurden organisatorische und sonstige Themen behandelt; die Sitzung wurde beendet.

Veränderungen im Aufsichtsrat und im Vorstand

Zu Veränderungen im Vorstand kam es im Geschäftsjahr 2023 nicht.

Im Aufsichtsrat kam es im Geschäftsjahr hingegen zu einer personellen Veränderung. Im Rahmen der ordentlichen Hauptversammlung im Juli 2023 schied Joachim Rauhut nach Ablauf seiner Amtszeit aus dem Gremium aus. Als neues Mitglied wurde Britta Becker in den Aufsichtsrat gewählt. Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats wurden in ihren Ämtern bestätigt, sodass die Kontinuität in der Gremienarbeit gewahrt blieb.

Frankfurt am Main, im Juni 2026

Gez. Hans-Georg Möckesch
- Aufsichtsratsvorsitzender vom 11. Oktober 2024 bis zum 24. August 2026 -

2. KONZERNABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2023

2.1 KONZERNBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2023

AKTIVA

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögenswerte	350,0	3.125,4
II. Sachanlagen	40,3	101,5
III. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	480,6	679,4
Summe Anlagevermögen	870,9	3.906,3
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	339,5	1.327,5
II. Sonstige Vermögenswerte	187,9	203,2
III. Sonstige finanzielle Vermögenswerte	105,6	47,2
IV. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	4.083,5	4.135,1
Summe Umlaufvermögen	4.716,5	5.713,0
	5.587,4	**9.619,3**

PASSIVA

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	1.396,0	1.387,9
II. Kapitalrücklage	21.724,5	21.648,5
III. Gewinnrücklagen	-27.261,5	-21.561,1
Buchmäßiges Eigenkapital	**-4.141,0**	**1.475,3**
B. Langfristige Schulden		
1. Langfristige Rückstellungen	1.389,8	829,6
2. sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	4.954,1	2.863,0
	6.343,9	**3.692,6**
C. Kurzfristige Schulden		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.212,2	3.410,9
2. Sonstige Verbindlichkeiten	148,2	64,2
3. Kurzfristige Rückstellungen	24,1	102,8
4. sonstige Schulden	0,0	873,5
	3.384,5	**4.451,4**
	5.587,4	**9.619,3**

2.2 KONZERN- GESAMTERGEBNISRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023

Vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
1. Umsatzerlöse	3.793,0	6.183,0
2. sonstige betriebliche Erträge	1.733,9	2.052,4
3. Aktivierte Eigenleistungen	472,2	556,5
4. Personalaufwand	-4.930,1	-5.556,6
5. Aufwendungen für Marketing- und Werbemaßnahmen	-206,7	-472,8
6. Fremdleistungen	-212,5	-279,0
7. Verkaufsprovisionen	-75,5	-86,5
8. Mietaufwendungen	-80,1	-90,6
9. Rechts- und Beratungskosten	-1.286,7	-751,8
10. Aufwendungen aus virtueller Beteiligung	0,0	-74,4
11. sonstige Aufwendungen	-3.230,1	-1.419,1
12. EBITDA	**-4.022,6**	**61,1**
13. Abschreibungen	-1.434,7	-662,2
14. EBIT	**-5.457,3**	**-601,1**
15. Finanzaufwand	-308,8	-200,9
16. Finanzerträge	65,7	18,3
17. Finanzergebnis	-243,1	-182,6
18. Jahresfehlbetrag	**-5.700,4**	**-783,7**

2.3 KONZERN-EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023

Vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

	01.01.2023 TEUR	Jahresergebnis TEUR	31.12.2023 TEUR
Gezeichnetes Kapital	1.387,9	8,1	1.396,0
Kapitalrücklage	21.648,5	76,0	21.724,5
Verlustvortrag	-20.777,4		- 21.561,1
Jahresüberschuss	-783,7	- 5.700,4	- 5.700,4
	1.475,3	- 5.616,3	- 4.141,0

3. KONZERNLAGEBERICHT ZUM 31. DEZEMBER 2023

3.1 GRUNDLAGEN DES KONZERNS

Die creditshelf Aktiengesellschaft i.L. („creditshelf“ oder „Gesellschaft“) befindet sich seit dem 7. Februar 2024 im Schutzschirmverfahren. Mit Beschluss des Amtsgerichts Frankfurt am Main vom 1. Mai 2024 (Az. 810 IN 148/24) wurde das Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung eröffnet. Die Gesellschaft ist infolge der Insolvenzeröffnung aufgelöst; die Auflösung wurde am 14. Mai 2024 von Amts wegen in das Handelsregister eingetragen.

Im Rahmen des Insolvenzverfahrens hat die Gesellschaft mit Wirkung zum 30. April 2024 ihren operativen Geschäftsbereich einschließlich der wesentlichen Tochtergesellschaft creditshelf solutions GmbH an die Teylor AG, Zürich, Schweiz, veräußert. Mit Vollzug der Transaktion hat die Gesellschaft die Beherrschung über die Tochtergesellschaft im Sinne des § 290 HGB sowie des IFRS 10 verloren. Bis zum Verkauf des Geschäftsbetriebs des Unternehmens und sämtlicher Geschäftsanteile an ihrer Tochtergesellschaft creditshelf solutions GmbH am 6. Mai 2024 bildete sie zusammen mit diesem Tochterunternehmen die „creditshelf Gruppe“ oder den „Konzern“.

3.1.2 GESCHÄFTSMODELL UND STRATEGIE

Die creditshelf war bis zur Insolvenzeröffnung einer der führenden alternativen Mittelstandsfinanzierer. Über ihre Internetplattform www.creditshelf.com arrangierte sie bankunabhängige, flexible Finanzierungslösungen für kleine und mittlere Unternehmen („KMU“) und für Wachstumsunternehmen.

Diese Kredite wurden von professionellen und institutionellen Investoren über direkte oder speziell vereinbarte Verbriefungslösungen finanziert. Es bestanden verschiedene Refinanzierungsvehikel zur Darlehensvergabe.

Die Kredite wurden den Darlehensnehmern über ein Kreditinstitut als sogenannte „Fronting Bank“ zur Verfügung gestellt, weil die creditshelf selbst über keine Banklizenz verfügt. Über die frühere Tochtergesellschaft creditshelf solutions GmbH wurden Administrationsdienstleistungen im Hinblick auf das Kreditforderungsportfolio erbracht, hierunter Bonitätsanalyse, Auszahlungen, Rechnungsstellung sowie Kreditnehmerüberwachung.

Auf der Refinanzierungsseite richtete sich das Angebot der creditshelf an institutionelle Investoren und erfolgte über Finanzmittelfonds. Hierbei handelte es sich zunächst um eine nach niederländischem Recht gegründete B.V., die ihrerseits durch verschiedene Kreditgeber und Gesellschafter sowie durch einen eigenen Fonds nach luxemburgischem Recht refinanziert wurde. Dieser Fonds wurde wiederum durch seine beschränkt haftenden Gesellschafter refinanziert.

Die Gesellschaft agierte als Vermittler zwischen den institutionellen Finanzierungspartnern und mittelständischen Kreditnehmern, die Firmenkredite zur Unternehmensfinanzierung, als Betriebsmittelkredit oder als Investitionskredit zur Projekt- oder Wachstumsfinanzierung aufnehmen.

Besonderes Merkmal der Tätigkeit der Gesellschaft war der vergleichsweise hohe Anteil der digitalen Bearbeitung des Kreditprozesses mit besonderer Automatisierung. Die ständig wachsende Datenbank ermöglichte hierbei eine beschleunigte Bearbeitung des Kreditvergabeprozesses.

Die Gesellschaft erhielt in diesem Zusammenhang drei verschiedene Gebühren, mit denen sie ihre Umsätze erzielte:

- Kreditnehmergebühren von Kreditnehmern bei Auszahlung eines Darlehens,
- Umsätze aus Investorengebühren von Investoren für die über die Internet-Plattform arrangierte Kredite und
- Service- und Beratungsgebühren aus zusätzlichen Vergütungen für Service-, Prüfungs- und Analyseleistungen

Neben der Neukreditvermittlung erzielte die creditshelf Umsätze aus dem Bestandsgeschäft durch Service- und Beratungsgebühren.

Die creditshelf hat im Februar 2024 beim zuständigen Amtsgericht Frankfurt am Main – Insolvenzgericht – wegen Überschuldung und drohender Zahlungsunfähigkeit Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt.

Mit Beschluss vom 7. Februar 2024 ordnete das Amtsgericht Frankfurt am Main – Insolvenzgericht – zunächst ein sog. Schutzschirmverfahren mit vorläufiger Eigenverwaltung an und bestellte Herrn Dr. Robert Schiebe zum vorläufigen Sachwalter und zum Sachverständigen.

In seinem Sachverständigengutachten vom 24. April 2024 ist Rechtsanwalt Dr. Schiebe zu dem Ergebnis gekommen, dass die Schuldnerin zahlungsunfähig und überschuldet ist und dass eine die Kosten des Insolvenzverfahrens deckende verfügbare Masse vorhanden ist. Er hat daher dem Insolvenzgericht die Eröffnung des Insolvenzverfahrens empfohlen.

Am 1. Mai 2024 hat das Amtsgericht Frankfurt am Main das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Creditshelf AG eröffnet und Herrn Dr. Robert Schiebe zum Sachwalter bestellt.

3.2 WIRTSCHAFTSBERICHT

Die creditshelf-Plattform richtet sich zum Berichtszeitpunkt an kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland, die für zahlreiche Finanzierungsanlässe Fremdkapital benötigen. Das Agieren dieser Zielgruppe hängt von verschiedenen Faktoren ab – unter anderem von der Entwicklung der Volkswirtschaft und den daraus resultierenden Effekten. Diese beeinflussen das unternehmerische Handeln und können in der Folge auch Auswirkungen auf die Kreditnachfrage sowie das Kreditangebot haben. Gleichzeitig spielen die Rahmenbedingungen der KMU-Finanzierung eine wesentliche Rolle für institutionelle Investoren, die in Kredite auf der creditshelf-Plattform investieren wollen und denen creditshelf eine attraktive Assetklasse anbietet. Für die geschäftliche Entwicklung von creditshelf sind deshalb die Rahmenbedingungen in der eigenen Branche, der Finanzindustrie im Allgemeinen sowie die Entwicklungen der Gesamtwirtschaft entscheidend.

3.2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHES UMFELD

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, von denen die Kunden der creditshelf im KMU-Segment maßgeblich beeinflusst werden und die sich zugleich auf das Investitionsverhalten der Investoren auswirken, gestalteten sich im Geschäftsjahr 2023 weiterhin herausfordernd. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland ging im Jahr 2023 um 0,3 % zurück, nachdem es im Jahr 2022 noch um 1,8 % gewachsen war. Hauptursachen hierfür waren die weiterhin hohen

Energiepreise, eine schwache Inlandsnachfrage sowie ein rückläufiger Außenhandel. Die Inflationsrate lag im Jahr 2023 bei durchschnittlich 5,9 % und damit unter dem Vorjahreswert von 6,9 %, jedoch weiterhin auf einem erhöhten Niveau. Die anhaltend hohe Inflation wirkte sich negativ auf die Kaufkraft privater Haushalte aus und belastete somit indirekt auch die Absatzmärkte vieler kleiner und mittlerer Unternehmen.

(nach: Statistisches Bundesamt (Destatis), Pressemitteilung „Bruttoinlandsprodukt 2023“ und Statistisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex 2023)

Für den Euroraum blieb das wirtschaftliche Umfeld durch geopolitische Unsicherheiten, insbesondere infolge des Russisch-Ukrainischen Kriegs, geprägt. Gleichzeitig führten die geldpolitischen Straffungen der Europäische Zentralbank zu deutlich verschärften Finanzierungsbedingungen. Die EZB erhöhte im Verlauf des Jahres 2023 mehrfach die Leitzinsen, zuletzt im September 2023 auf 4,5 %, um die Inflation einzudämmen. Dies führte zu einem insgesamt restriktiveren Finanzierungsumfeld für Unternehmen.

(nach: Europäische Zentralbank, Zinsentscheidungen 2023)

Der ifo-Geschäftsklimaindex zeigte im Jahresverlauf 2023 eine volatile Entwicklung. Während sich die Erwartungen zwischenzeitlich leicht verbesserten, blieb die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage insgesamt verhalten. Insbesondere die Industrie und der Bausektor verzeichneten eine schwache Entwicklung.

(nach: ifo Institut, ifo Geschäftsklimaindex 2023)

Die wirtschaftlichen Risiken für Unternehmen ergaben sich im Jahr 2023 weiterhin aus einer Kombination verschiedener Faktoren: hohe Finanzierungskosten, schwache konjunkturelle Dynamik, Fachkräftemangel sowie geopolitische Unsicherheiten. Darüber hinaus belasteten strukturelle Themen wie die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft und die anhaltende Schwäche der Weltkonjunktur die exportorientierte deutsche Wirtschaft.

Parallel dazu setzte sich die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft weiter fort. Sie eröffnet neue Geschäftsmodelle und Effizienzpotenziale, erhöht jedoch zugleich die Anforderungen an IT-Sicherheit. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sehen sich dadurch einer steigenden Bedrohung durch Cyberkriminalität ausgesetzt und sind gefordert, in entsprechende Schutzmaßnahmen zu investieren.

(nach: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Lagebericht IT-Sicherheit 2023)

3.2.2 BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Der deutsche Markt für Unternehmensfinanzierungen war im Geschäftsjahr 2023 weiterhin durch ein deutlich verschärftes Finanzierungsumfeld geprägt. Maßgeblich hierfür waren das anhaltend hohe Zinsniveau infolge der restriktiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sowie die insgesamt gestiegene Risikoaversion im Kreditvergabeprozess der Banken.

Insbesondere im Segment der kleinen und mittelständischen Unternehmen führte dies zu einer weiteren Verschärfung der Kreditvergabestandards. Bankkredite wurden selektiver vergeben, wobei sowohl höhere Anforderungen an Sicherheiten als auch eine restriktivere Bonitätsprüfung zu beobachten waren. Gleichzeitig verteuerten sich Fremdkapitalfinanzierungen infolge des erhöhten Zinsumfelds spürbar.

Trotz dieser Entwicklungen blieb der Finanzierungsbedarf im Mittelstand insgesamt hoch, insbesondere zur Sicherung von Liquidität, zur Refinanzierung bestehender Verbindlichkeiten sowie zur Finanzierung von Investitions- und Wachstumsprojekten. Dies führte zu einer strukturellen Ausweitung der Finanzierungslücke zwischen Kreditnachfrage und tatsächlicher Kreditvergabe im Bankensektor.

Vor diesem Hintergrund gewann die Nachfrage nach alternativen, bankenunabhängigen Finanzierungsformen weiter an Bedeutung. Digitale und nicht-banken Finanzierungsanbieter profitierten dabei von der eingeschränkten Kreditverfügbarkeit im klassischen Bankensektor sowie dem steigenden Bedarf an flexiblen und schnellen Finanzierungslösungen.

Die creditshelf positionierte sich im Geschäftsjahr 2023 weiterhin als alternative Finanzierungspartnerin im unbesicherten Kreditsegment für mittelständische Unternehmen und adressierte insbesondere Finanzierungsbedarfe im Bereich kurzfristiger Liquidität sowie wachstumsorientierter Unternehmensfinanzierung.

3.2.3 WETTBEWERB UND MARKTSTRUKTUR

Der Markt für digitale Unternehmensfinanzierungen in Deutschland war im Geschäftsjahr 2023 durch eine zunehmende Differenzierung der Marktteilnehmer geprägt. Der Wettbewerb im Segment der Fremdkapitalfinanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmen wurde insbesondere durch digitale Kreditplattformen, Vermittlungsplattformen sowie spezialisierte alternative Finanzierer bestimmt.

Im Bereich der Online-Vermittlungsplattformen waren insbesondere Anbieter wie Compeon, Fincompare, FinMatch, Deutsche Firmenkredit Partner und Fundingport tätig, deren Geschäftsmodell maßgeblich von der Kreditvergabebereitschaft klassischer Banken abhängt. Ergänzend hierzu traten Kreditmarktplätze und spezialisierte Fintech-Kreditgeber wie Iwoca, Teylor sowie Invesdor (inkl. Kapilendo) als Wettbewerber im KMU-Finanzierungssegment auf, wobei diese teilweise unterschiedliche regionale Schwerpunkte und Produktsegmente bedienen.
Einzelne internationale Marktteilnehmer wie etwa Funding Circle haben sich im Verlauf der letzten Jahre bzw. im Berichtszeitraum teilweise oder vollständig aus dem deutschen Markt zurückgezogen. Im Bereich der wachstumsorientierten Unternehmensfinanzierung ergänzen zudem Venture-Debt-Anbieter sowie umsatzbasierte Finanzierungsmodelle das Marktumfeld, richten sich jedoch überwiegend an andere Unternehmensgrößen und Finanzierungsvolumina.

(nach: BDO, German Fintech Report 2023/2024 sowie S&P Global Market Intelligence, Fintech Funding & Lending Market Developments 2023)

Klassische Kreditfonds fokussieren sich demgegenüber überwiegend auf größere Finanzierungsvolumina im Mid-Cap-Segment und stehen damit nur eingeschränkt im direkten Wettbewerb zu digitalen KMU-Finanzierungsplattformen.

Die creditshelf positioniert sich weiterhin im Segment der unbesicherten Mittelstandsfinanzierung und differenziert sich insbesondere über die Zielgruppe mittelständischer Unternehmen, die Struktur der Finanzierungen (im Regelfall unbesichert und gleichrangig), Kreditvolumina im KMU-Segment sowie den Fokus auf institutionelle Investoren als Kapitalgeber.

3.2.4 GESCHÄFTSVERLAUF

Trotz eines weiterhin herausfordernden makroökonomischen Umfelds im Geschäftsjahr 2023, geprägt durch ein erhöhtes Zinsniveau, eine restriktivere Kreditvergabepolitik im Bankensektor sowie eine anhaltend hohe Unsicherheit im Finanzierungsumfeld für mittelständische Unternehmen, bewegte sich die Entwicklung der creditshelf in einem insgesamt anspruchsvollen Marktumfeld.

Die Nachfrage nach Finanzierungen im Mittelstand blieb weiterhin auf einem hohen Niveau, wenngleich sich die erfolgreiche Umsetzung von Finanzierungsprojekten aufgrund eingeschränkter Refinanzierungskapazitäten institutioneller Investoren und eines insgesamt selektiveren Investorenverhaltens im Marktumfeld erschwerte.

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2023 war daher eine erhöhte Volatilität im arrangierten Kreditvolumen zu beobachten, die insbesondere auf die weiterhin angespannte Situation auf der Investoren- und Refinanzierungsseite zurückzuführen ist. Gleichzeitig zeigte sich eine fortbestehende Nachfrage nach digitalen und bankenunabhängigen Finanzierungslösungen, insbesondere im Segment unbesicherter Mittelstandsfinanzierungen.

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 3.793,0 TEUR (Vorjahr: 6.183,0 TEUR), während das angefragte Kreditvolumen weiterhin auf hohem Niveau lag.

Das Konzern-EBIT verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr erheblich und belief sich im Geschäftsjahr 2023 auf einen deutlich höheren Verlust. Neben einem weiterhin rückläufigen Umsatzniveau wirkten insbesondere gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen sowie deutlich erhöhte Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen belastend auf die Ergebnisentwicklung.

Zudem trugen die weiterhin hohen Personalaufwendungen sowie ein insgesamt kostenintensives operatives Umfeld zur Ergebnisbelastung bei, während sich keine kompensierenden Sondereffekte im Vergleich zum Vorjahr ergaben.

Im Geschäftsjahr 2023 setzte die Gesellschaft die Weiterentwicklung ihrer technologischen Plattform sowie die Optimierung der operativen Prozesse fort und fokussierte sich zudem auf den Ausbau bestehender sowie potenzieller Finanzierungspartnerschaften zur Stabilisierung der Refinanzierungsbasis.

Darüber hinaus wurden strategische Optionen zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells weiterhin geprüft, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche stärkere Eigenbeteiligung an arrangierten Finanzierungen sowie eine breitere Aufstellung im institutionellen Investorenumfeld.

Die creditshelf fokussierte sich im Geschäftsjahr 2023 weiterhin auf die Stabilisierung ihres Geschäftsmodells sowie auf die gezielte Vermittlung von Finanzierungen im KMU-Segment und adressierte dabei insbesondere Finanzierungsbedarfe wachstumsorientierter Unternehmen unter herausfordernden Marktbedingungen.

3.2.5 ERTRAGS-, VERMÖGENS- UND FINANZLAGE DER CREDITSHELF

3.2.5.1 ERTRAGSLAGE

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die creditshelf Umsatzerlöse von 3.793,0 TEUR (Vorjahr: 6.183,0 TEUR). Der Grund dafür waren reduzierte verfügbare Refinanzierungsmittel als Folge des Ausfalls eines

wesentlichen Investors auf der creditshelf Plattform vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs. Über Kostenerstattungen aus dem Servicing Vertrag mit der Tochtergesellschaft erzielte creditshelf Umsätze von 795,8 TEUR (Vorjahr: 1.089,1 TEUR). Die Umsätze aus Service- und Beratungsgebühren beliefen sich auf 1.025,0 TEUR (Vorjahr: 563,6 TEUR). Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Vergütung für Leistungen, die für den creditshelf Loan Fund erbracht werden, einer neu eingeführten Servicing Fee auf der Kreditnehmerseite sowie Gebühren für weitere Analyse-, Monitoring- und Service-Leistungen.

Die im Geschäftsjahr 2023 aktivierten Eigenleistungen beliefen sich auf 472,2 TEUR (Vorjahr: 556,5 TEUR) und beinhalten Personalaufwand, der für Softwareentwicklung angefallen ist. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum erklärt sich durch einen kurzfristigen Personalrückgang im Softwareentwicklungsteam, dem mit verstärkten Recruiting-Aktivitäten für diese Abteilung begegnet wurde.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 1.733,9 TEUR (Vorjahr: 2.052,4 TEUR) wurden im Berichtszeitraum maßgeblich durch die stichtagsbezogene Wertminderung der Verpflichtungen aus dem virtuellen Mitarbeiterbeteiligungsprogramm geprägt, welche erfolgswirksam aufgelöst wurde. Zudem führten ungewöhnlich hohe Lohnfortzahlungsansprüche im Rahmen von Krankheits- oder Mutterschutzfällen zu spiegelbildlich hohen Erstattungen der Krankenkassen.

Der negative Materialaufwand lag im Geschäftsjahr 2023 bei -438,5 TEUR (Vorjahr: -137,7 TEUR). Dieser Ertrag setzt sich im Wesentlichen aus erhaltenen Verkaufsprovisionen sowie Erstattungen für bezogene Leistungen aus der Zusammenarbeit mit der Fronting Bank zusammen. Die Zunahme der Entlastung resultiert im Vergleich zum Vorjahr aus den vertraglichen Anpassungen an das geringere arrangierte Kreditvolumen. Im Konzernabschluss wird der korrespondierende Materialaufwand für diese bezogenen Leistungen im Zuge der Innenverhältniskonsolidierung vollständig eliminiert.

Der Personalaufwand lag im Geschäftsjahr 2023 bei 4.930,1 TEUR (Vorjahr: 5.556,6 TEUR). Darin enthalten sind geringere Kosten für Löhne und Gehälter aufgrund eines verringerten Mitarbeiterstammes von 4.200,1 TEUR (Vorjahr: 4.786,1TEUR) sowie Sozialaufwendungen von 731,1 TEUR (Vorjahr: 770,5 TEUR).

Abschreibungen beliefen sich im Geschäftsjahr 2023 auf 1,4 TEUR (Vorjahr: 0,7 TEUR) und lagen aufgrund einer Softwaresystemintegration und daraus resultierender, veränderter Abschreibungszeiträume über denen des Vorjahreszeitraums.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Geschäftsjahr 2023 bei 3.230,1 TEUR (Vorjahr: 1.419,1 TEUR). Der Anstieg ergab sich im Wesentlichen aus den folgenden Entwicklungen: Die Rechts-, Beratungs- und Consultingkosten verzeichneten einen starken Anstieg auf 1.286,7 TEUR (Vorjahr: 751,8 TEUR), was im Wesentlichen aus dem erheblichen rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Unterstützungsbedarf für die Strukturierung und Durchführung des Insolvenzverfahrens resultiert. Die Aufwendungen aus dem Abgang von immateriellen Vermögensgegenständen (Restbuchwerte) erhöhten sich auf 2.016,3 TEUR (Vorjahr: 0,0 TEUR), im Wesentlichen bedingt durch die außerplanmäßige Bereinigung des Anlagevermögens und die Aufgabe nicht mehr fortgeführter Plattform- und Entwicklungsprojekte. Zudem beliefen sich die Forderungsverluste auf 218,3 TEUR (Vorjahr: 0,0 TEUR). Dieser Anstieg spiegelt das gestiegene Ausfallrisiko sowie die pauschalen Wertberichtigungen auf das bestehende Kundenportfolio im Rahmen der Bestandsinventur und Verfahrenseröffnung wider.

Zinsen und ähnliche Erträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2023 auf 65,7 TEUR (Vorjahr: 18,3 TEUR). Der Anstieg resultiert aus Zinserträgen aus einem konzerninternen Darlehen an die creditshelf

solutions GmbH in Höhe von 65,7 TEUR. Diesen standen Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 308,8 TEUR (Vorjahr: 200,9 TEUR) gegenüber. Ursächlich für den Anstieg sind Zinsaufwendungen aus dem Gesellschafterdarlehen.

Für das Geschäftsjahr 2023 ergibt sich ein deutlich erhöhter Jahresfehlbetrag von 5.700,4 TEUR (Vorjahr: 783,7 TEUR). Aus den zuvor beschriebenen, kumulierten Belastungen, insbesondere den verdoppelten Sach- und Abschreibungskosten sowie den gesunkenen Eigenleistungen, ergibt sich in der Gesamtschau diese Vervielfachung des Jahresfehlbetrags.

3.2.5.2 VERMÖGENSLAGE

Die Bilanzsumme der creditshelf Aktiengesellschaft belief sich zum 31. Dezember 2023 auf 5.587,4 TEUR (Vorjahr: 9.619,3 TEUR).

Die immateriellen Vermögenswerte sanken zum Bilanzstichtag deutlich auf 350,0 TEUR (Vorjahr: 3.125,4 TEUR), da die aktivierten Herstellungskosten im Berichtsjahr unter den vorgenommenen Abschreibungen lagen.

Bei den Sachanlagen handelt es sich um die gewöhnliche Betriebs- und Geschäftsausstattung der Gesellschaft, die regulär abgeschrieben werden. Sie lagen zum 31. Dezember 2023 bei 40,3 TEUR (Vorjahr: 101,5 TEUR).

Die Finanzanlagen umfassen zum 31. Dezember 2023 Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 250,0 TEUR (Vorjahr: 1.709,7 TEUR). Diese reduzierten sich im Geschäftsjahr 2023 im Wesentlichen durch die außerplanmäßige Wertminderung unserer Beteiligung an der creditshelf solutions GmbH. Diese Maßnahme reflektiert die strategische Neuausrichtung des Unternehmens, im Zuge derer die Anteile an dieser Gesellschaft bereits im Folgejahr vollständig veräußert wurden.

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände verringerten sich zum 31. Dezember 2023 auf 1.113,6 TEUR (Vorjahr: 4.585,7 TEUR). Grund hierfür sind geringere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie gegenüber verbundenen Unternehmen.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten verringern sich zum 31. Dezember 2023 unwesentlich auf 4.083,5 TEUR (Vorjahr: 4.135,1 TEUR).

Das Eigenkapital des Konzerns ist zum Bilanzstichtag durch aufgelaufene Verluste vollständig aufgezehrt und weist einen negativen Saldo in Höhe von -4.141,0 TEUR (Vorjahr: 1.475,3 TEUR) auf. Diese bilanzielle Überschuldung hat sich nach dem Abschlussstichtag weiter verschärft.

Ferner kam es im Geschäftsjahr zu einer Kapitalerhöhung, die am 9. Februar 2023 eingetragen wurde und durch die sich das Grundkapital zum 31. Dezember 2023 um 8.087,00 EUR auf 1.396,0 TEUR erhöhte (Vorjahr: 1.387,9 TEUR). Der Verlustvortrag belief sich zum 31. Dezember 2023 auf -24.046,2 TEUR (Vorjahr: -23.711,7 TEUR).

Die Rückstellungen erhöhten sich auf 1.413,9 TEUR (Vorjahr: 932,4 TEUR) - insbesondere die langfristigen Rückstellungen in Höhe von 1.389,8 (Vorjahr: 829,6). Dies resultiert aus der Bildung von Drohverlust- und Restrukturierungsrückstellungen für krisenbedingte Vertragsrisiken und Sanierungsmaßnahmen, welche die drohende Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens bereits im Vorfeld der Insolvenzanmeldung bilanziell abbildeten.

Die Verbindlichkeiten beliefen sich zum 31. Dezember 2023 auf 9.728,4 TEUR (Vorjahr: 8.144,0 TEUR). In den Verbindlichkeiten sind 4,95 Mio. EUR (Vorjahr: 2,86 Mio. EUR) sonstige Verbindlichkeiten aus dem bestehenden Gesellschafterdarlehen enthalten.

3.2.5.3 FINANZLAGE

Im Folgenden werden die Mittelherkunft und die Mittelverwendung im Geschäftsjahr 2023 anhand einer verkürzten Kapitalflussrechnung dargestellt:

Kapitalflussrechnung (indirekt) gemäß DRS 21:
Vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

	Geschäftsjahr TEUR	**Vorjahr TEUR**
Periodenergebnis	-5.700,4	-783,7
+ Abschreibungen auf Sachanlagen	72,6	125,4
+ Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	712,4	536,8
+/- Gewinn/ Verlust aus Abgang von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen	2.011,9	0,1
+/- Zu-/ Abnahme der Rückstellungen	560,2	-253,3
+/- sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/ Erträge	-472,2	-556,5
+ Aktienbasierte Vergütung	0,0	0,0
+/- Finanzaufwendungen/ -Erträge	243,1	182,6
-/+ Zu-/ Abnahme sonstiger Vermögenswerte	2.775,4	8,4
-/+ Zu-/ Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.186,8	288,2
+/- Zu-/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-198,7	-289,1
+/- Zu-/ Abnahme sonstiger Passiva	2.091,1	11,5
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	**-4.642,2**	**-417,8**

Aufgrund der angespannten Liquiditätslage und der darauffolgenden Insolvenzanmeldung wird die Finanzlage des Konzerns im Folgenden fokussiert anhand des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit dargestellt. In dieser wird erfasst, wie sich die liquiden Mittel im Geschäftsjahr verändert haben.

Da die Investitions- und Finanzierungstätigkeiten im Berichtszeitraum größtenteils zum Erliegen kamen, bildet der operative Cashflow die maßgebliche Kennzahl zur Beurteilung der verbliebenen Innenfinanzierungskraft gegenüber den Gläubigern.

Ausgehend von einem Ergebnis nach Steuern von -5.700,4 TEUR (Vorjahr: -783,7 TEUR) ergibt sich unter Berücksichtigung von im Wesentlichen Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens und einer Abnahme der Passiva ein Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit in Höhe von - 4.642,2 TEUR (Vorjahr: - 417,8 TEUR).

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 verfügte creditshelf über Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 4.083,5 TEUR (Vorjahr: 4.135,1 TEUR).

3.3 GESAMTEINSCHÄTZUNG DES VORSTANDES UND VORJAHRESVERGLEICH

Der Geschäftszeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 war für die creditshelf Aktiengesellschaft maßgeblich durch anhaltende Refinanzierungsengpässe und ein herausforderndes gesamtwirtschaftliches Umfeld geprägt. Trotz einer unverändert hohen Nachfrage nach Finanzierungslösungen für kleine und mittlere Unternehmen konnten aufgrund fehlender Funding-Kapazitäten deutlich weniger Finanzierungen über die Plattform vermittelt werden. Die geplante Inbetriebnahme des gemeinsam mit Finanzierungspartnern vorgesehenen Funding-Vehikels verzögerte sich über das gesamte Geschäftsjahr. Parallel hierzu leitete der Vorstand umfangreiche Maßnahmen zur Kostenreduktion und Anpassung der Organisationsstruktur ein, darunter einen deutlichen Personalabbau sowie die Reduzierung der laufenden operativen Aufwendungen. Im Verlauf des Geschäftsjahres musste die Gesellschaft ihre Umsatz- und Ergebnisprognose aufgrund der anhaltenden Funding-Restriktionen nach unten anpassen.

Vergleich mit dem Vorjahr:

- **Umsatz- und Ertragslage**: Gegenüber dem Vorjahr gingen Umsatz und arrangiertes Kreditvolumen deutlich zurück. Ursache hierfür waren ausschließlich die fortbestehenden Einschränkungen bei der Refinanzierung und nicht eine rückläufige Nachfrage nach Finanzierungen. Trotz einer verbesserten Marge je vermitteltem Kredit konnte der Rückgang des Geschäftsvolumens nicht kompensiert werden. Das operative Ergebnis (EBIT) verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich und war durch geringere Umsatzerlöse sowie das Ausbleiben positiver Einmaleffekte belastet. Zusätzlich wirkten sich Restrukturierungsmaßnahmen und erhöhte Beratungsaufwendungen negativ auf das Jahresergebnis aus.
- **Finanz- und Vermögenslage**: Die Finanzlage blieb im Geschäftsjahr 2023 angespannt, konnte jedoch durch die Inanspruchnahme eines Gesellschafterdarlehens zunächst stabilisiert werden. Gleichzeitig wurden umfassende Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität umgesetzt. Die Vermögenslage war weiterhin von einem hohen Anteil immaterieller Vermögenswerte, insbesondere der entwickelten Plattformtechnologie, geprägt. Eine Überschuldung oder die Aufgabe der Going-Concern-Annahme lag zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 noch nicht vor; allerdings bestanden erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Unternehmensentwicklung, sofern die Finanzierungssituation nicht kurzfristig nachhaltig verbessert werden konnte.

3.4 RISIKO- UND CHANCENBERICHT

Das Risikoprofil der creditshelf Aktiengesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 maßgeblich durch die anhaltenden Refinanzierungsengpässe sowie das herausfordernde makroökonomische Umfeld geprägt. Die eingeschränkte Verfügbarkeit institutioneller Finanzierungsmittel führte zu einer

erheblichen Begrenzung des vermittelbaren Neugeschäfts und belastete die Umsatz- und Ergebnisentwicklung nachhaltig. Der Vorstand begegnete diesen Risiken mit umfassenden Kostensenkungsmaßnahmen, organisatorischen Anpassungen sowie der Weiterentwicklung alternativer Refinanzierungsstrukturen.

3.4.1 Risiken

- **Refinanzierungs- und Liquiditätsrisiko**: Das wesentliche Risiko bestand unverändert in der eingeschränkten Verfügbarkeit institutioneller Finanzierungspartner. Die verzögerte Umsetzung neuer Funding-Strukturen führte zu einem deutlich reduzierten Vermittlungsvolumen und belastete die Liquiditätslage der Gesellschaft. Zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit war die Gesellschaft auf zusätzliche Finanzierungsmaßnahmen, insbesondere Gesellschafterdarlehen und weitere Liquiditätssicherungsmaßnahmen, angewiesen.
- **Markt- und Geschäftsrisiken**: Das anhaltend hohe Zinsniveau, die konjunkturelle Abschwächung sowie die erhöhte Zurückhaltung institutioneller Investoren beeinträchtigten das Marktumfeld für alternative Unternehmensfinanzierungen erheblich. Hieraus ergaben sich Risiken für Umsatzentwicklung, Profitabilität und die Erreichung der strategischen Unternehmensziele.
- **Fortführungsrisiko (Going Concern)**: Zum Bilanzstichtag ging der Vorstand weiterhin von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aus. Diese Annahme war jedoch wesentlich davon abhängig, dass die eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Refinanzierung erfolgreich umgesetzt und zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden konnten. Andernfalls hätten sich erhebliche Risiken für die künftige Unternehmensentwicklung ergeben.

3.4.2 Chancen

- **Etablierung neuer Refinanzierungsquellen**: Die erfolgreiche Umsetzung der geplanten Funding-Strukturen sowie die Gewinnung zusätzlicher institutioneller Finanzierungspartner hätten eine deutliche Ausweitung des Kreditvermittlungsvolumens ermöglicht und die Grundlage für eine nachhaltige Rückkehr auf den Wachstumspfad geschaffen.
- **Verbesserung der Kostenstruktur**: Die im Geschäftsjahr eingeleiteten Restrukturierungs- und Effizienzmaßnahmen führten zu einer nachhaltig reduzierten Kostenbasis. Bei einer Erholung des Geschäftsvolumens bestand dadurch die Chance auf eine überproportionale Verbesserung der Ertragslage.
- **Skalierbarkeit der digitalen Plattform**: Die etablierte Technologieplattform sowie die langjährige Marktposition im Bereich digitaler Mittelstandsfinanzierungen boten weiterhin die Möglichkeit, von einer Normalisierung der Kapitalmärkte und einer steigenden Nachfrage nach alternativen Finanzierungsformen zu profitieren.

3.5 PROGNOSEBERICHT

Für das Geschäftsjahr 2024 erwartete der Vorstand zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses eine weiterhin herausfordernde Entwicklung des Marktumfeldes. Maßgeblich für

die zukünftige Geschäftsentwicklung war die erfolgreiche Implementierung zusätzlicher Refinanzierungsquellen sowie die Wiederaufnahme eines nachhaltig höheren Vermittlungsvolumens über die Kreditplattform.

Der Vorstand ging davon aus, dass die eingeleiteten Kostensenkungsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2024 ihre volle Wirkung entfalten und die operative Kostenbasis dauerhaft reduzieren würden. Gleichzeitig wurde erwartet, dass mit der Inbetriebnahme neuer Funding-Strukturen die Voraussetzungen für eine schrittweise Verbesserung von Umsatz und Ergebnis geschaffen werden könnten.

Die Prognose war jedoch mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Insbesondere der Zeitpunkt und der Umfang neuer Refinanzierungsmöglichkeiten sowie die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds konnten zum Zeitpunkt der Berichterstattung nicht verlässlich abgeschätzt werden. Sollten sich die geplanten Refinanzierungsmaßnahmen nicht oder nicht rechtzeitig realisieren lassen, könnten sich wesentliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf die Fortführung der Gesellschaft ergeben.

3.4 VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM STICHTAG (NACHTRAGSBERICHT)

Die creditshelf hat im Februar 2024 beim zuständigen Amtsgericht Frankfurt am Main - Insolvenzgericht - wegen Überschuldung und drohender Zahlungsunfähigkeit Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt.

Mit Beschluss vom 7. Februar 2024 ordnete das Amtsgericht Frankfurt am Main zunächst ein sog. Schutzschirmverfahren mit vorläufiger Eigenverwaltung an und bestellte Herrn Dr. Robert Schiebe zum vorläufigen Sachwalter und zum Sachverständigen.

In seinem Sachverständigengutachten vom 24. April 2024 ist Rechtsanwalt Dr. Schiebe zu dem Ergebnis gekommen, dass die Schuldnerin zahlungsunfähig und überschuldet ist und dass eine die Kosten des Insolvenzverfahrens deckende verfügbare Masse vorhanden ist. Er hat daher dem Insolvenzgericht die Eröffnung des Insolvenzverfahrens empfohlen.

Am 1. Mai 2024 hat das Amtsgericht Frankfurt am Main das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Creditshelf AG eröffnet und Herrn Dr. Robert Schiebe zum Sachwalter bestellt.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten und weder in der Bilanz noch in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt sind, sind im Anhang angegeben.

4. ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS DER CREDITSHELF AG

4.1 Allgemeine Informationen

Die creditshelf AG mit Sitz in 60489 Frankfurt am Main, Hausener Weg 29, Deutschland, ist eine nach deutschem Recht gegründete Aktiengesellschaft, deren Aktien seit Juli 2018 im regulierten Markt (Prime Standard) der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt werden. Sie wird beim zuständigen Registergericht Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Handelsregister-Nummer HRB 112087 geführt.

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB, i.V.m. § 264 d HGB.

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

Zusammen mit ihrer 100%igen Tochtergesellschaft creditshelf solutions GmbH bildete sie bis zum 6. Mai 2024 den creditshelf-Konzern. Gegenstand der Geschäftstätigkeit waren insbesondere die Vermittlung von Darlehen, die Zusammenführung von Investoren mit Finanzinstituten, Beratungs- und Analyseleistungen für Unternehmen sowie die Entwicklung und Bereitstellung technologiegestützter Informations- und Finanzdienstleistungen.

Zum 31. Dezember 2023 belief sich das Grundkapital auf 1.395.961,00 EUR und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig infolge der Ausübung aktienbasierter Mitarbeiterprogramme.

Veränderungen im Konsolidierungskreis ergaben sich im Berichtszeitraum nicht.

Die creditshelf AG stellte als Mutterunternehmen den Konzernabschluss nach IFRS auf.

Die creditshelf solutions GmbH war eine 100%ige Tochtergesellschaft ohne eigene Mitarbeiter. Ihr Geschäftszweck umfasste insbesondere die Vermittlung sowie den Ankauf und Verkauf von Kreditforderungen sowie die Entwicklung und den Betrieb technologiegestützter Finanzierungsplattformen.

4.2 Grundlagen zur Aufstellung des Abschlusses

Der Konzernabschluss der creditshelf Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2023 wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, sowie den ergänzenden handelsrechtlichen Vorschriften (§ 315e Abs. 1 HGB) aufgestellt. Die funktionale Währung ist Euro (EUR).

Im Gegensatz zum Vorjahr wurde der vorliegende Abschluss nicht mehr unter dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going-Concern-Prinzip) aufgestellt, da die im Februar 2024 eingetretene Insolvenz der Aktiengesellschaft bereits zum Zeitpunkt der Aufstellung des Abschlusses rechtlich absehbar war und eine positive Fortführungsprognose somit entfiel; die Bewertung aller Vermögenswerte und Schulden erfolgte daher konsequent zu Liquidationswerten.

Für den Versuch der Sicherung des Fortbestands der Gesellschaft und des Konzerns wurde im März 2023 eine weitere, von creditshelf gezogene Tranche aus dem Gesellschafterdarlehen in Höhe von 1,0 Mio. EUR von der Darlehensgeberin Obotritia Capital KGaA bedient. Damit sind aus dem seit Januar 2021 bestehenden Gesellschafterdarlehen-Rahmenvertrag mit unbeschränkter Laufzeit aktuell 4,8 Mio. EUR von insgesamt verfügbaren 8,0 Mio. EUR gezogen. Das Darlehen kann von beiden Parteien bis zum 31. Dezember 2023 mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden, danach beträgt die



Kündigungsfrist 3 Monate. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahres- und Konzernabschlusses war das Darlehen ungekündigt.

Zwar leitete der Vorstand im Geschäftsjahr 2023 umfassende Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität ein, insbesondere durch die angestrebte Aktivierung des Goldman-Sachs-Vehikels und die Inanspruchnahme von Gesellschafterdarlehen der Obotritia Capital KGaA. Dennoch erwiesen sich diese Maßnahmen im weiteren Verlauf als nicht ausreichend und Probleme bestanden in Folgendem:

- Refinanzierungsstau: Die notwendigen Zusagen des Junior Lenders konnten nicht im erforderlichen Umfang realisiert werden.
- Liquiditätskrise: Die geplanten positiven Cashflows aus dem operativen Geschäft und der Plattformaktivität blieben aufgrund restriktiver Funding-Bedingungen aus.
- Insolvenzeintritt: Diese Entwicklungen führten im Februar 2024 zur Beantragung eines Schutzschirmverfahrens.

Aus heutiger Sicht (2026) ist festzuhalten, dass die zum Bilanzstichtag 2023 bestehenden wesentlichen Unsicherheiten über die Fähigkeit zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit bereits im ersten Quartal 2024 schlagend wurden.

4.3 Erläuterungen zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde nicht unter der Annahme der Unternehmensfortführung (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB) aufgestellt. Die Vermögensgegenstände wurden zu ihren voraussichtlich erzielbaren Verwertungswerten und die Schulden zu ihren Erfüllungsbeträgen bewertet.

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde davon ausgegangen, dass die Unternehmensfortführung nicht mehr gegeben ist. Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte daher unter Berücksichtigung der bestehenden Insolvenzlage sowie der voraussichtlichen Verwertungs- und Erfüllungswerte.

Immaterielle Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Gesellschaft machte in der Vergangenheit vom Aktivierungswahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB Gebrauch und aktivierte selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände mit den aktivierungsfähigen Entwicklungskosten.

Entwicklungskosten wurden erst aktiviert, nachdem die Voraussetzungen für eine hinreichend konkrete Bestimmbarkeit und technische Realisierbarkeit des jeweiligen Vermögensgegenstands vorlagen. Zuvor angefallene Forschungs-, Vorentwicklungs- und Machbarkeitsaufwendungen wurden unmittelbar als Aufwand erfasst.

Vor dem Hintergrund der fehlenden Unternehmensfortführung wurde die Werthaltigkeit sämtlicher aktivierter immaterieller Vermögensgegenstände überprüft. Soweit eine zukünftige wirtschaftliche Nutzung oder Verwertung nicht mehr erwartet werden konnte, wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert beziehungsweise auf den voraussichtlich erzielbaren Verwertungserlös vorgenommen. Nicht mehr werthaltige immaterielle Vermögensgegenstände wurden vollständig abgeschrieben.

Sachanlagen wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen erfolgten linear über die jeweilige betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Aufgrund der fehlenden Fortführungsprognose wurden die

Vermögensgegenstände auf ihre voraussichtlich erzielbaren Verwertungswerte überprüft. Soweit diese unter den fortgeführten Buchwerten lagen, wurden entsprechende außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Die Folgebewertung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen erfolgte zum niedrigeren Wert aus fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten und dem jeweils erzielbaren Verwertungswert.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 800 EUR wurden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben.

Die Anteile an der creditshelf solutions GmbH wurden als Anteile an verbundenen Unternehmen bilanziert. Aufgrund der Insolvenzsituation und der fehlenden Fortführungsperspektive wurde die Werthaltigkeit der Beteiligung überprüft. Soweit erforderlich, erfolgte eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit dem niedrigeren Wert aus Nominalwert und beizulegendem Wert angesetzt. Erkennbaren Ausfall- und Verwertungsrisiken wurde durch angemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten sowie sonstige liquide Mittel wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden hinsichtlich ihrer künftigen wirtschaftlichen Verwertbarkeit überprüft. Soweit eine Realisierung des künftigen Nutzens nicht mehr erwartet werden konnte, wurden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Das gezeichnete Kapital wurde mit dem gesetzlichen Mindestnennbetrag von einem Euro je auf den Inhaber lautender Stückaktie ausgewiesen. Der den Mindestnennbetrag übersteigende Ausgabebetrag wurde in der Kapitalrücklage erfasst.

Für alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen wurden Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Dabei wurden sämtliche bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannten wertaufhellenden Tatsachen sowie die aus der Insolvenz resultierenden Verpflichtungen berücksichtigt.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Bewertung sämtlicher Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte unter besonderer Beachtung des Vorsichtsprinzips sowie unter Berücksichtigung der fehlenden Unternehmensfortführung. Wertaufhellende Erkenntnisse aus der im Februar 2024 eingetretenen Insolvenz wurden bei der Bewertung berücksichtigt, soweit sie Rückschlüsse auf die Verhältnisse am Bilanzstichtag zulassen.

4.4 Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Entwicklung des Anlagevermögens

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen haben sich im Geschäftsjahr 2023 wie folgt entwickelt:

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2023:

Anschaffungs- und Herstellungskosten (in TEUR)	Immaterielle Vermögensgegenstände	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Gesamt
Stand 01.01.2023	3.125,4	101,5	3.226,9
Abgänge	0,0	0,0	0,0
Zugänge	0,0	0,0	0,0
Wertkorrekturen	-2.775,4	-61,2	-2.836,6
Stand 31.12.2023	350,0	40,3	390,3

Kumulierte Wertberichtigungen (in TEUR)	Immaterielle Vermögensgegenstände	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Gesamt
Stand 01.01.2023	n/a	n/a	3.226,9
Abschreibungen/ Wertminderungen	2.775,4	61,2	2.836,6
Abgänge	0,0	0,0	0,0
Stand 31.12.2023	2.775,4	61,2	2.836,6

Buchwerte (in TEUR)	31.12.2023	31.12.2022
Immaterielle Vermögensgegenstände	350,0	3.125,4
Betriebs- und Geschäftsausstattung	40,3	101,5
Gesamt	390,3	3.226,9

Immaterielle Vermögensgegenstände

Bei den selbstgeschaffenen gewerblichen Schutzrechten handelt es sich um die zum 1. Januar 2022 fertiggestellte Risk Engine sowie die zum 1. Oktober 2022 fertiggestellte Internetplattform. Diese Module wurden im Geschäftsjahr 2023 weiterentwickelt und die darauf entfallenden Kosten in Höhe von 350,0 TEUR (Vorjahr: 3.125,4 TEUR) als nachträgliche Herstellungskosten aktiviert.

Lizenzen und Markenrechte wurden zum 31. Dezember 2023 vollständig abgeschrieben.

Die geleisteten Anzahlungen (aktivierte Personalaufwendungen für die interne Weiterentwicklung der creditshelf-Systemarchitektur) sind mit einem Buchwert von 0,0 TEUR zum 31. Dezember 2023 (Vorjahr: 75,1 TEUR) ebenso vollständig abgeschrieben.

Sachanlagen

Bei den Sachanlagen handelt es sich um die gewöhnliche Betriebs- und Geschäftsausstattung der Gesellschaft.

Finanzanlagen

Die im Einzelabschluss ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen betreffen die Beteiligung an der creditshelf solutions GmbH. Im Konzernabschluss erfolgt kein gesonderter Ausweis dieser Beteiligung, da die Gesellschaft vollkonsolidiert wird. Der Beteiligungsbuchwert wird im Rahmen der Kapitalkonsolidierung gegen das Eigenkapital der Tochtergesellschaft verrechnet und ist daher in der Konzernbilanz nicht enthalten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht reduziert. Wesentlicher Grund hierfür ist die Veränderung der Umsatzsteuerposition von einer Forderung im Vorjahr zu einer Verbindlichkeit zum 31. Dezember 2023, die dementsprechend unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird.

Eigenkapital und Rücklagen

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 betrug das Grundkapital der creditshelf 1.395.961,00 EUR. Das Grundkapital ist eingeteilt in 1.395.961 auf den Inhaber lautende Stückaktien (Vorjahr: 1.387.874 Stückaktien). Jede Stückaktie gewährt eine Stimme.

Im Berichtszeitraum Im Geschäftsjahr 2023 wurde das Grundkapital der Gesellschaft im Rahmen einer Kapitalerhöhung um 8.087 EUR auf 1.395.961 EUR erhöht. Die Ausgabe von 8.087 neuen Stückaktien erfolgte zur Erfüllung von Ansprüchen aus den aktienbasierten Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen (Restricted Stock Units). Die Kapitalerhöhung wurde am 9. Februar 2023 in das Handelsregister eingetragen. Die 8.087 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien wurden anschließend unter derselben Wertpapierkennnummer (WKN) wie die bestehenden Aktien zum Handel im regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen und sind seitdem voll gewinnberechtigt.

Zusätzlich wurden 76,0 TEUR in die Kapitalrücklage eingezahlt. Dies ist auf die aktienbasierten Mitarbeiter-Anreizprogramme (Restricted Stock Units) zurückzuführen. Die Gesellschaft hat ein vertragliches Wahlrecht zur Erfüllung der Ansprüche aus den Programmen in Aktien oder Barmitteln. Nach Einschätzung des Managements erfolgt die Erfüllung in Aktien, weshalb der Personalaufwand im Wesentlichen über die Kapitalrücklage gebucht wird.

Im Einzelabschluss der Muttergesellschaft wird zum 31. Dezember 2023 ein ausgeglichenes Eigenkapital in Höhe von 0,0 TEUR ausgewiesen. Im Konzernabschluss ergibt sich hingegen ein negatives Eigenkapital in Höhe von -4.141,0 TEUR.

Die Differenz resultiert im Wesentlichen aus den im Konzernabschluss berücksichtigten Verlusten der einbezogenen Tochtergesellschaften sowie aus Konsolidierungseffekten im Rahmen der Kapitalkonsolidierung. Während im Einzelabschluss ausschließlich die Vermögens-, Finanz- und

Ertragslage der Muttergesellschaft abgebildet wird, werden im Konzernabschluss sämtliche Tochterunternehmen vollständig einbezogen. Die hieraus resultierenden kumulierten Jahresfehlbeträge der Konzerngesellschaften führen zu einer entsprechenden Reduktion des Konzern-Eigenkapitals.

Der Buchwert der selbstgeschaffenen immateriellen Vermögensgegenstände beläuft sich zum 31. Dezember 2023 auf 350,0 TEUR (Vorjahr: 2.415,1 TEUR). Gemäß § 268 Abs. 8 Satz 1 HGB sind etwaige Gewinne bis zur Höhe der aktivierten selbstgeschaffenen immateriellen Vermögensgegenstände abzüglich hierauf entfallender passiver latenter Steuern ausschüttungsgesperrt. Es ergibt sich somit ein ausschüttungsgesperrter Betrag in Höhe von 350,0 TEUR (Vorjahr: 2.415,1 TEUR).

Rückstellungen

Die Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr 2023 insgesamt von 932,4 TEUR auf 1.413,9 TEUR erhöht. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Rückstellungen für sonstige kurzfristige Verpflichtungen sowie für Personalmaßnahmen, die insbesondere im Zusammenhang mit Restrukturierungs- und Krisenmaßnahmen stehen.

Gegenläufig wirkten insbesondere der Rückgang der Urlaubsrückstellungen im Zuge eines verringerten Personalbestands sowie die vollständige Auflösung der im Vorjahr gebildeten Rückstellungen im Zusammenhang mit den virtuellen Beteiligungsprogrammen sowie den darauf entfallenden Lohnsteuerverpflichtungen.

Weitere sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen sind außerdem im Wesentlichen Urlaubs- und Personalkostenrückstellungen in Höhe von 469,1 TEUR (Vorjahr: 393,4 TEUR), Rückstellungen für Abschluss und Prüfung des Konzern- und Jahresabschlusses von 277,3 TEUR (Vorjahr: 186,3 TEUR) sowie Rückstellungen für Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder in Höhe von insgesamt 40,0 TEUR (Vorjahr: 90,0 TEUR) enthalten.

Der Anstieg der Urlaubs- und Personalkostenrückstellungen resultiert im Wesentlichen aus zeitlich verschobenen Inanspruchnahmen sowie erhöhten Abgrenzungen im Zusammenhang mit Personalmaßnahmen im Rahmen der Restrukturierung. Die Erhöhung der Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten ist insbesondere auf einen gestiegenen Prüfungs- und Berichtsaufwand im Konzern sowie auf einmalige Zusatzaufwendungen im Zusammenhang mit der Erstellung des Konzernabschlusses zurückzuführen. Demgegenüber verringerten sich die Rückstellungen für Aufsichtsratsvergütungen aufgrund geringerer erwarteter bzw. abgegrenzter Vergütungsansprüche im Geschäftsjahr.

Verbindlichkeiten

Hinsichtlich der Verbindlichkeiten wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen.

	31.12.2023 in TEUR	31.12.2022 in TEUR	Veränderung in TEUR
Langfristige Schulden			
Langfristige Rückstellungen	1.389,8	829,6	+560,2

Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	4.954,1	2.863,0	+2.091,1
Summe langfristige Schulden	**6.343,9**	**3.692,6**	**+2.651,3**
Kurzfristige Schulden			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.212,2	3.410,9	-198,7
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	148,2	64,2	+84
Kurzfristige Rückstellungen	24,1	102,8	-78,7
Sonstige Verbindlichkeiten	0,0	873,5	-873,5
Summe kurzfristige Schulden	**3.384,5**	**4.451,4**	**-1.066,9**
Gesamte Verbindlichkeiten	**9.728,4**	**8.144,0**	**+1.584,4**

Die Gliederung der Verbindlichkeiten erfolgt gemäß den Anforderungen des Konzernabschlusses und dient der transparenten Darstellung der Fristigkeitsstruktur sowie der wirtschaftlichen Belastungswirkungen auf den Konzern.
Die Verbindlichkeiten des Konzerns gliedern sich in langfristige und kurzfristige Schulden. Die langfristigen Schulden umfassen im Wesentlichen langfristige Rückstellungen sowie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten. Die kurzfristigen Schulden bestehen insbesondere aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten, kurzfristigen Rückstellungen sowie sonstigen Verbindlichkeiten.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten stellen dabei den wesentlichen Anteil an den gesamten Schulden dar und spiegeln überwiegend operative Verpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsbetrieb sowie abgegrenzte Personal- und Restrukturierungsverpflichtungen wider.
Die Entwicklung der Verbindlichkeiten ist im Berichtsjahr insbesondere durch die angespannte Liquiditäts- und Ergebnissituation des Konzerns geprägt. Dabei kam es zu einer Verschiebung hin zu kurzfristigen Verpflichtungen, insbesondere im Zusammenhang mit Personalmaßnahmen, laufenden operativen Verpflichtungen sowie abgegrenzten Kosten aus Restrukturierungsmaßnahmen.

Haftungsvermerke

Die creditshelf Aktiengesellschaft hat weder Haftungsverhältnisse noch Bürgschaften übernommen.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse in Höhe von 3.793,0 TEUR (Vorjahr: 6.183,0 TEUR) setzen sich im Wesentlichen aus Provisionserlösen aus Kreditnehmergebühren, Kostenerstattungen aus dem Servicing-Vertrag mit der Tochtergesellschaft sowie internen Service- und Beratungsleistungen innerhalb des Konzerns zusammen.

Die Provisionserlöse aus Kreditnehmergebühren beliefen sich im Geschäftsjahr auf 2.739,4 TEUR (Vorjahr: 3.884,1 TEUR) und stellen den wesentlichen Bestandteil der extern erzielten Umsatzerlöse dar. Die Kostenerstattungen aus dem Servicing-Vertrag mit der Tochtergesellschaft verringerten sich auf 795,8 TEUR (Vorjahr: 1.089,1 TEUR) und resultieren aus konzernintern erbrachten Dienstleistungen im Rahmen der Plattform- und Servicing-Funktion.

Vermerk: Die Umsatzerlöse des Konzerns in Höhe von 3.793,0 TEUR (Vorjahr: 6.183,0 TEUR) basieren auf den im Konzernabschluss ausgewiesenen Erlösen nach Konsolidierung.

Zur besseren Erläuterung der Umsatzstruktur ergeben sich vor Konsolidierung im Wesentlichen Provisionserlöse aus Kreditnehmergebühren, Kostenerstattungen aus dem Servicing-Vertrag sowie Service- und Beratungsleistungen innerhalb des Konzerns.

Die konzerninternen Umsätze aus Service- und Beratungsleistungen sowie aus dem Servicing-Vertrag werden im Rahmen der Konsolidierung eliminiert und sind daher nicht Bestandteil der ausgewiesenen Konzernumsatzerlöse.

Andere aktivierte Eigenleistungen

Die im Geschäftsjahr 2023 aktivierten Eigenleistungen beliefen sich auf 472,2 TEUR (Vorjahr: 556,5 TEUR) und beinhalten Personalaufwand, der für Softwareentwicklung angefallen ist. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum erklärt sich durch einen kurzfristigen Personalrückgang im Softwareentwicklungsteam, dem mit verstärkten Recruiting-Aktivitäten für diese Abteilung begegnet wurde.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 1.733,9 TEUR (Vorjahr: 2.052,4 TEUR) bestehen im Wesentlichen aus der Bewertung des „virtuellen Beteiligungsprogramm II“, die an die Kursentwicklung der creditshelf-Aktie geknüpft sind. Abhängig vom Aktienkurs der creditshelf-Aktie entstanden im Laufe des Geschäftsjahrs 2023 auch Aufwendungen im Rahmen dieser Rückstellung. Diese werden im entsprechenden Aufwandsposten beschrieben.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Erträge aus Währungsumrechnungen in Höhe von 0,0 TEUR (Vorjahr: 0,2 TEUR).

Personalaufwand

Der Personalaufwand lag im Geschäftsjahr 2023 bei 4.930,1 TEUR (Vorjahr: 5.556,6 TEUR). Darin enthalten sind geringere Kosten für Löhne und Gehälter aufgrund eines verringerten Mitarbeiterstammes von 4.200,1 TEUR (Vorjahr: 4.786,1 TEUR) sowie Sozialaufwendungen von 731,1 TEUR (Vorjahr: 770,5 TEUR).

Abschreibungen

Abschreibungen beliefen sich im Geschäftsjahr 2023 auf 1.434,7 TEUR (Vorjahr: 662,2 TEUR) und lagen aufgrund einer Softwaresystemintegration und daraus resultierender, veränderter Abschreibungszeiträume über denen des Vorjahreszeitraums. Dabei entfiel ein Betrag von 2.172,8

TEUR (Vorjahr: 472,5 TEUR) auf Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und ein Betrag von 28,4 TEUR (Vorjahr 52,5 TEUR) auf Abschreibungen von Sachanlagevermögen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Geschäftsjahr 2023 bei 3.230,1 TEUR (Vorjahr: 1.419,1 TEUR). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus erhöhten Aufwendungen in den Bereichen Fremdleistungen sowie Rechts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit der laufenden Geschäftstätigkeit und der Restrukturierung des Konzerns.

Die größten Einzelpositionen innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen stellen sich wie folgt dar:

- Fremdleistungen IR: 142,7 TEUR (Vorjahr: 91,7 TEUR)
- Rechts- und Beratungskosten: 643,9 TEUR (Vorjahr: 206,1 TEUR)
- Consultingkosten: 280,9 TEUR (Vorjahr: 175,9 TEUR)
- Abschluss- und Prüfungskosten: 293,6 TEUR (Vorjahr: 177,4 TEUR)
- Aufwendungen für Lizenzen und Konzessionen: 472,9 TEUR (Vorjahr: 474,6 TEUR)

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist insbesondere auf höhere Beratungs- und Restrukturierungskosten sowie gestiegene Aufwendungen im Zusammenhang mit der Abschluss- und Prüfungstätigkeit im Konzern zurückzuführen. Gegenläufig wirkten einzelne Kostensenkungen in operativen Bereichen.

Zinsen und ähnliche Erträge

Die Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von 65,7 TEUR (Vorjahr: 38,3 TEUR) enthalten ausschließlich Zinserträge aus einem konzerninternen Darlehen an die creditshelf solutions GmbH in Höhe von 65,7 TEUR (Vorjahr: 38,3 TEUR).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen in Höhe von 308,8 TEUR (Vorjahr: 200,9 TEUR) enthalten im Geschäftsjahr 2023 hauptsächlich Zinsaufwendungen im Rahmen des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 305,4 TEUR (Vorjahr: 197,8 TEUR).

Bilanzgewinn bzw. Bilanzverlust

Die Gesellschaft weist in der Bilanz keinen Bilanzverlust aus. Die Überleitung auf den Bilanzverlust gem. § 158 Abs. 1 AktG stellt sich wie folgt dar:

	2023 *in TEUR*
Jahresfehlbetrag	5.700,4
Verlustvortrag	24.046,2
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0,00
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0,00
Einstellungen in Gewinnrücklagen	0,00
Bilanzverlust	**18.345,8**

4.5 Sonstige Angaben

Vergütung der Mitglieder der Organe nach § 285 Nr. 9, a) und b) HGB

Vorstandsvergütung:

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 Vergütungen von insgesamt 270,3 TEUR (Vorjahr: 283,2 TEUR an Mitglieder des Vorstands gewährt wie folgt.

In TEUR		**2023**		**2022**
Vorstand	Gewährte Vergütung	Geschuldete Vergütung	Gewährte Vergütung	Geschuldete Vergütung
Dr. Tim Thabe	135.694,02	0,0	143,3	0,0
Dr. Daniel Bartsch	134.627,76	0,0	139,9	0,0

Die Vergütung des Vorstands umfasst lediglich die Festvergütung sowie Nebenleistungen im üblichen Rahmen.

Vergütung des Aufsichtsrats:

An die Mitglieder des Aufsichtsrats hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 Vergütungen von insgesamt 130,0 TEUR (Vorjahr: 107,0 TEUR) wie folgt gewährt.

In TEUR	**2023**	**2022**
Aufsichtsrat		
Rolf Elgeti	40,0	3,4
Rolf Hentschel	30,0	33,4
Prof. Dr. Dirk Schiereck	20,0	23,4
Julia Heraeus-Rinnert	20,0	23,4

Dr. Joachim Rauhut/ Britta Becker	20,0	23,4

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats richtet sich nach den Inhalten der Satzung.

Die nach § 285 Nr. 9 Buchst. a) und b) HGB erforderlichen Angaben zu den Bezügen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie zu den Bezügen früherer Organmitglieder sind im Vergütungsbericht enthalten.

Im Geschäftsjahr wurden keine Vorschüsse oder Kredite an Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats gewährt.

Angaben zu Mitarbeitern gem. § 285 Abs. 7 HGB

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2023 analog zum Vorjahr durchschnittlich 69 Arbeitnehmer beschäftigt.

Ereignisse nach dem Abschlussstichtag

Über den Berichtszeitraum (1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023) hinausgehend wird darauf hingewiesen, dass das Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung am 1. Mai 2024 durch Beschluss des Amtsgerichts Frankfurt am Main eröffnet wurde.

Im weiteren Verlauf des Jahres 2024 wurde im Rahmen des Insolvenzverfahrens die gesellschaftsrechtliche und organisatorische Neuaufstellung der Gesellschaft fortgeführt. Hierzu zählt insbesondere die im Rahmen der außerordentlichen Hauptversammlung am 11. Oktober 2024 beschlossene Neubesetzung und Verkleinerung des Aufsichtsrats auf drei Mitglieder zur Begleitung der weiteren Umsetzung des Insolvenzplans.

Darüber hinaus erfolgte nach dem Stichtag die operative und gesellschaftsrechtliche Umsetzung der zuvor eingeleiteten Veräußerung des operativen Geschäfts an die Teylor AG, wodurch die Gesellschaft ihr operatives Geschäft vollständig aufgegeben hat und künftig als nicht-operativer Rechtsträger fortbesteht.

Im Jahr 2025 kam es zu operativen Veränderungen. Herr Oliver Würtenberger wurde zum Mitglied des Vorstands bestellt. Die Mitglieder des Vorstands Dr. Bartsch und Dr. Thabe haben ihr Amt im Dezember 2025 niedergelegt.

Im Zuge der Umsetzung des im Jahr 2024 eingeleiteten Insolvenzverfahrens kam es im April 2026 zu einer grundlegenden Neuordnung des Grundkapitals. Auf Basis und im Zuge der Umsetzung des rechtskräftigen Insolvenzplans vom 30. Januar 2026 wurden folgende Maßnahmen vollzogen:

1. **Übertragung sämtlicher Aktien**: Sämtliche 1.395.961 Aktien mit ISIN DE000A2LQUA5, WKN A2LQUA der bisherigen Aktionäre der creditshelf Aktiengesellschaft wurden am 22. April 2026 auf die Sanierungssponsorin und Aktionärin PVM Private Values Media AG, Frankfurt am Main, übertragen.
2. **Kapitalherabsetzung**: Am 22. April 2026 wurde das Grundkapital von EUR 1.395.961,00 um EUR 495.961,00 auf EUR 900.000,00 durch vereinfachte Einziehung von Aktien herabgesetzt, die von der PVM Private Values Media AG, Frankfurt am Main, unentgeltlich zur Verfügung

gestellt wurden. Taggleich wurde ein Streubesitz von rund 13% des herabgesetzten Grundkapitals hergestellt.

3. **Neue ISIN/WKN**: Den Aktien der creditshelf Aktiengesellschaft wurde eine neue ISIN/WKN zugewiesen. Die aktuelle ISIN/WKN lautet DE000A41YEG8/A41YEG.
4. **Kapitalerhöhung:** Das Grundkapital wurde von EUR 900.000,00 um insgesamt EUR 100.000,00 auf EUR 1.000.000,00 durch Ausgabe von 100.000 neuen Aktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von je EUR 1,00 zum Ausgabebetrag von je EUR 1,00 und einer sofort fälligen Bareinlage von EUR 1,00 je neuer Aktie erhöht.

Im April 2026 kam es zu weiteren operativen Veränderungen. Das alleinige Mitglied des Vorstands Herr Würtemberger schied aus. Als alleiniges Mitglied des Vorstands wurde Herr Sascha Magsamen bestellt. Im Juni 2026 hat das alleinige Mitglied des Vorstands Herr Magsamen sein Amt niedergelegt. Der Aufsichtsrat der creditshelf AG hat Herrn Philipp von Erffa (CEO), Herrn Sebastian Holl (CFO) sowie Frau Claudia Vucak (CPLO) zu neuen Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft bestellt.

Mitgeteilte Beteiligungen am Grundkapital nach dem Stichtag am 31. Dezember 2023

PVM Private Values Media AG, Frankfurt am Main, Deutschland, hat mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der creditshelf Aktiengesellschaft am 22. April 2026 die Schwelle von 75% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 87,00 % (783.001 Stimmrechte) betrug.

Herr Christoph Maichel hat mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der creditshelf Aktiengesellschaft am 22. April 2026 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0,00 % (0 Stimmrechte) betrug.

Hevella Beteiligungen GmbH, Potsdam, Deutschland, hat mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der creditshelf Aktiengesellschaft am 22. April 2026 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0,00 % (0 Stimmrechte) betrug.

Herr Dr. Tim Thabe hat mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der creditshelf Aktiengesellschaft am 22. April 2026 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0,00 % (0 Stimmrechte) betrug.

Herr Rolf Elgeti hat mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der creditshelf Aktiengesellschaft am 22. April 2026 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0,00 % (0 Stimmrechte) betrug.

Herr Dr. Daniel Bartsch hat mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der creditshelf Aktiengesellschaft am 22. April 2026 die Schwelle von 3% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0,00 % (0 Stimmrechte) betrug.

Herr Philipp von Erffa hat mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der creditshelf Aktiengesellschaft am 11. Juni 2026 die Schwelle von 50% der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 64,00 % (640.000 Stimmrechte) betrug. Diese Stimmrechte sind ihm über die First Capital AG, München, Deutschland, nach § 34 WpHG zuzurechnen.

PVM Private Values Media AG, Frankfurt am Main, Deutschland, hat mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der creditshelf Aktiengesellschaft am 11. Juni 2026 die Schwelle von 25% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 24,30 % (243.001 Stimmrechte) betrug.

Erklärung nach § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben und der Öffentlichkeit auf der Webseite (https://www.eqs-news.com/de/company/creditshelf-aktiengesellschaft/berichte/) dauerhaft zugänglich gemacht.

Übersicht der Beteiligungen

Die creditshelf Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, Deutschland, ist die Muttergesellschaft der creditshelf Gruppe. Sie nimmt bestimmte zentrale Funktionen für die gesamte Gruppe wahr, unter anderem in den Bereichen Management, Strategie, Finanzwesen, Unternehmenskommunikation, Produktmanagement, Marketing, Investor Relations, Risikomanagement, Recht, Compliance sowie Personalwesen. Der Standort in Frankfurt am Main ist der Hauptsitz der creditshelf Gruppe.

Die creditshelf solutions GmbH ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der creditshelf Aktiengesellschaft. Sie hatte ihren Sitz bis zum 23. August 2022 in Berlin, Deutschland. Seit dem 24. August 2022 befindet sich der Sitz ebenso wie jener der Muttergesellschaft in Frankfurt am Main, Deutschland. Geschäftszweck der creditshelf solutions GmbH ist die Vermittlung sowie der Ankauf und Verkauf von Kreditforderungen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung sowie die Entwicklung und der Betrieb von inländischen und ausländischen Internet- und Technologie-Projekten, insbesondere zur interaktiven Vermittlung von Finanzierungen und die Erbringung damit im Zusammenhang stehender Serviceleistungen. Ausgenommen ist das Betreiben von Factoring sowie Tätigkeiten, die nach dem Kreditwesengesetz (KWG), dem Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) oder dem Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG) erlaubnispflichtig sind.

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 hielt die creditshelf Aktiengesellschaft neben der creditshelf solutions GmbH keine weiteren direkten oder indirekten Beteiligungen.

Somit kam es zu keinen Veränderungen in der Konzernstruktur im Vergleich zum Vorjahr.

Abschlussprüferhonorar

Für die im Geschäftsjahr erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers der creditshelf AG, der Grand Thornton AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, sind folgende Honorare als Aufwand erfasst:

	01.01.-31.12.2023 In TEUR	01.01.-31.12.2022 In TEUR
Abschlussprüfungsleistungen	293,6	187,7
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,0
Andere Bestätigungsleistungen	0,0	0,0
Summe	**293,6**	**187,7**

Analog dem Vorjahr umfassen die Honorare für Abschlussprüfungsleistungen das Honorar für die Prüfung des Konzernabschlusses der creditshelf sowie die Prüfung des Jahresabschlusses der creditshelf zum 31. Dezember 2023. Des Weiteren beinhaltet der Posten die prüferische Durchsicht

des verkürzten Konzern-Halbjahresabschlusses und Konzern-Zwischenlageberichts zum 30. Juni 2023.

Organe der Gesellschaft

Der Vorstand bestand im Berichtszeitraum bis 31. Dezember 2023 aus:

- Herrn Dr. Tim Thabe (Vorsitzender des Vorstands); Verantwortungsbereiche: Strategie & Kommunikation, Personal, Risikomanagement, Kreditanalyse und Portfoliomanagement, Recht und Compliance, Technologie und Daten, Plattformmanagement
- Herrn Dr. Daniel Bartsch (Mitglied des Vorstands); stellvertretender Vorsitzender des Vorstands; Verantwortungsbereiche: Finanzen, Steuern und Controlling, Equity Investor Relations, Vertrieb, Partnermanagement, Business Development und Produktentwicklung, Debt Investor Relations und Marketing

Der Aufsichtsrat im Berichtszeitraum bis 31. Dezember 2023 bestand aus:

- Herrn Rolf Hentschel, Vorsitzender des Aufsichtsrats, Vorsitzender des Prüfungsausschusses (Selbstständiger Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt; Mitglied des Aufsichtsrates der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH)
- Herrn Prof. Dr. Dirk Schiereck, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (Leiter des Lehrstuhls Unternehmensfinanzierung an der Technischen Universität Darmstadt; Mitglied des Aufsichtsrates der BayernInvest Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH)
- Herrn Rolf Elgeti, Mitglied des Ausichtsrats bis 11. Januar 2024 (Vorstandsvorsitzender der Deutsche Konsum REIT-AG; bis Januar 2022 Vorstandsvorsitzender der Deutsche Industrie REIT-AG bzw. bis Februar 2022 Vorstandsvorsitzender der Deutsche Industrie Grundbesitz AG; Vorsitzender des Verwaltungsrats und CEO der OboTech Acquisition SE; Aufsichtsratsvorsitzender der TAG Immobilien AG, der Deutsche Leibrenten Grundbesitz AG sowie der Obotritia Hotel SE; Vorsitzender des Verwaltungsrats der NEXR technologies SE, Mitglied des Verwaltungsrats der Highlight Event and Entertainment AG (bis März 2023), Mitglied des Beirats von Laurus Property Partners sowie Mitglied des Prüfungsausschusses der Bankhaus Obotritia GmbH)
- Frau Julia Heraeus-Rinnert, Mitglied des Ausichtsrats (Geschäftsführerin der J² Verwaltung GmbH; Mitglied des Gesellschafterausschusses der Heraeus Holding GmbH)
- Frau Britta Becker, Mitglied des Ausichtsrats (freiberufliche Finanzierungsexpertin und -beraterin)

Konzernabschluss

Die Gesellschaft erstellt als Mutterunternehmen für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen einen befreienden Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften (IFRS), der im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Vorstand wird vorschlagen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.841,1 TEUR auf neue Rechnung vorzutragen und in den Verlustvortrag einzustellen.

Versagungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Nexum Group AG, München

vormals creditshelf Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Konzernabschluss und Konzernlagebericht

Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023

An die Nexum Group AG, München

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Versagte Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Nexum Group AG, München – im Geschäftsjahr 2023 firmierend als creditshelf Aktiengesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main, im Folgenden „die Gesellschaft" – und ihrer Tochtergesellschaft (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2023, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Konzernanhang – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss wegen der Bedeutung der im Abschnitt „Grundlage für die versagten Prüfungsurteile" beschriebenen Sachverhalte nicht den International Financial Reporting Standards, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht wegen der Bedeutung der im Abschnitt „Grundlage für die versagten Prüfungsurteile" beschriebenen Sachverhalte insgesamt kein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns, steht nicht in Einklang mit einem den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften entsprechenden Konzernabschluss, entspricht nicht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung nicht zutreffend dar.

Unsere Prüfung hat zu den im Abschnitt „Grundlage für die versagten Prüfungsurteile“ dargestellten Einwendungen geführt. Aufgrund ihrer Bedeutung und umfassenden Auswirkungen versagen wir gemäß § 322 Abs. 4 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 HGB den Bestätigungsvermerk.

Grundlage für die versagten Prüfungsurteile

Unzureichende Erläuterung der Rechnungslegung unter Aufgabe der Unternehmensfortführung

Die Voraussetzungen für eine Rechnungslegung unter der Annahme der Unternehmensfortführung waren im Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses im Jahr 2026 nicht mehr gegeben. Nach den uns vorliegenden Unterlagen erfolgte am 7. Februar 2024 eine gerichtliche Anordnung im Zusammenhang mit einem Schutzschirmverfahren nach § 270d InsO; am 1. Mai 2024 wurde das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Gesellschaft in Eigenverwaltung eröffnet. Mit Wirkung zum 6. Mai 2024 wurde der operative Geschäftsbetrieb einschließlich der Anteile an der creditshelf solutions GmbH veräußert.

Nach IAS 10.14 darf ein Abschluss nicht auf der Grundlage der Unternehmensfortführung aufgestellt werden, wenn das Management nach dem Abschlussstichtag feststellt, dass es beabsichtigt, das Unternehmen zu liquidieren oder die Geschäftstätigkeit einzustellen, oder dass hierzu keine realistische Alternative besteht. Nach IAS 1.25 sind bei Aufgabe der Unternehmensfortführung die angewandte Rechnungslegungsgrundlage und die Gründe für ihre Anwendung anzugeben.

Der Konzernanhang gibt an, der Abschluss sei „nicht mehr unter dem Grundsatz der Unternehmensfortführung“ aufgestellt und die Bewertung aller Vermögenswerte und Schulden sei „konsequent zu Liquidationswerten“ erfolgt. Die Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erläutert jedoch nicht hinreichend, welche konkreten Ansatz- und Bewertungsgrundsätze infolge der Aufgabe der Unternehmensfortführung angewandt wurden und wie diese bei den wesentlichen Vermögenswerten und Schulden umgesetzt wurden. Damit fehlt eine für das Verständnis des Konzernabschlusses grundlegende Erläuterung der tatsächlich angewandten Rechnungslegungsbasis.

Unzureichende Angaben zu Ereignissen nach dem Abschlussstichtag

Der Konzernanhang enthält keine ausreichenden Angaben zu folgenden nach dem Abschlussstichtag eingetretenen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung:

- gerichtliche Anordnung im Zusammenhang mit einem Schutzschirmverfahren am 7. Februar 2024;
- Eröffnung des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung am 1. Mai 2024.

Die erforderlichen Erläuterungen zu den Gründen für die Aufgabe der Unternehmensfortführung und zur daraus folgenden Rechnungslegungsbasis nach IAS 1.25 in Verbindung mit IAS 10.14 bis 16 fehlen in ausreichender Konkretisierung. Soweit wesentliche nicht zu berücksichtigende Ereignisse nach dem Abschlussstichtag betroffen sind, fehlen außerdem die nach IAS 10.21 erforderlichen Angaben zur Art dieser Ereignisse und zu ihren geschätzten finanziellen Auswirkungen beziehungsweise zur fehlenden Schätzbarkeit dieser Auswirkungen. Der im Konzernlagebericht enthaltene Verweis auf den Konzernanhang behebt diese Angabemängel nicht.

Wesentliche Abweichungen von den Angabeanforderungen der IFRS

Der Konzernanhang enthält weder die nach IAS 1.16 erforderliche ausdrückliche und uneingeschränkte Erklärung der Übereinstimmung mit den IFRS noch eine ausreichende Darstellung der angewandten Konsolidierungsgrundsätze. Die dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erläutern wesentliche Sachverhalte anhand handelsrechtlicher Vorschriften, insbesondere § 248 Abs. 2 HGB, § 268 Abs. 8 HGB und der Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre nach § 253 Abs. 2 HGB. Eine ausreichende Darstellung der insoweit maßgeblichen IFRS-Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden fehlt.
Darüber hinaus fehlen folgende für das Verständnis des Konzernabschlusses wesentliche Angaben:

- Angaben zu Beziehungen, Geschäftsvorfällen und ausstehenden Salden mit nahestehenden Unternehmen und Personen nach IAS 24;
- Angaben zur Ermittlung des unverwässerten und verwässerten Ergebnisses je Aktie nach IAS 33;
- Angaben zur Segmentberichterstattung nach IFRS 8;
- Angaben zu Finanzinstrumenten und den damit verbundenen Risiken einschließlich der Fälligkeitsanalyse nach IFRS 7;
- Angaben zu Ertragsteuern und steuerlichen Verlustvorträgen nach IAS 12;
- Angaben zu Leasingverhältnissen nach IFRS 16;
- Angaben zur Aufgliederung der Umsatzerlöse nach IFRS 15;
- Angaben zur Entwicklung des Sachanlagevermögens nach IAS 16.73 und der immateriellen Vermögenswerte nach IAS 38.118.

Diese Mängel betreffen grundlegende Informationen zur angewandten Rechnungslegung sowie mehrere wesentliche Bereiche der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Der Konzernabschluss entspricht insoweit nicht den IFRS, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind.

Unzutreffende Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung im Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht stellt im Prognosebericht Erwartungen für das Geschäftsjahr 2024 dar. Die bei seiner Aufstellung im Jahr 2026 bereits bekannten Entwicklungen, insbesondere das Insolvenzverfahren und die Veräußerung des operativen Geschäftsbetriebs, werden in den Prognoseaussagen und den ihnen zugrunde liegenden Annahmen nicht sachgerecht berücksichtigt, obwohl sie an anderer Stelle desselben Berichts beschrieben werden. Dadurch werden die voraussichtliche Entwicklung des Konzerns sowie ihre wesentlichen Chancen und Risiken nicht zutreffend dargestellt.

Die beschriebenen Angabemängel des Konzernabschlusses sind in ihrer Gesamtheit wesentlich und haben umfassende Auswirkungen, weil sie die Rechnungslegungsbasis sowie grundlegende Informationen zu mehreren wesentlichen Abschlussbereichen betreffen. Die Mängel der Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung sind für das Verständnis der Lage des Konzerns und seiner zukünftigen Entwicklung von grundlegender Bedeutung. Eine Einschränkung der jeweiligen Prüfungsurteile würde der Tragweite dieser Mängel nicht gerecht.

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere versagten Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Die im Abschnitt „Grundlage für die versagten Prüfungsurteile“ beschriebenen Sachverhalte, die unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss betreffen, sind ihrer Natur nach besonders wichtige Prüfungssachverhalte. Darüber hinaus haben wir keine weiteren Sachverhalte bestimmt, über die in unserem Vermerk zu berichten wäre.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter beziehungsweise der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Bestandteile des Geschäftsberichts, insbesondere den Brief an die Aktionäre, den Bericht des Aufsichtsrats und die Versicherung der gesetzlichen Vertreter, nicht jedoch den Konzernabschluss, den Konzernlagebericht und unseren Vermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Im Rahmen unserer Befassung mit den sonstigen Informationen haben wir hierzu Folgendes zu berichten:

Die vorliegende Versicherung der gesetzlichen Vertreter bezieht sich auf den Jahresabschluss und den Lagebericht der Gesellschaft. Die nach § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB erforderliche Versicherung zum Konzernabschluss und die nach § 315 Abs. 1 Satz 5 HGB erforderliche Versicherung zum Konzernlagebericht liegen nicht vor.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu

beurteilen und einschlägige Sachverhalte hierzu anzugeben. Sie haben den Konzernabschluss auf der Grundlage der Unternehmensfortführung aufzustellen, es sei denn, sie beabsichtigen, den Konzern zu liquidieren oder die Geschäftstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu. Wird der Konzernabschluss unter Aufgabe der Unternehmensfortführung aufgestellt, sind die gesetzlichen Vertreter für die sachgerechte Anwendung und Erläuterung der anderen Rechnungslegungsgrundlage sowie die Angabe der Gründe für ihre Anwendung verantwortlich.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Konzerns abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten Rechnungslegungsbasis. Da der Konzernabschluss nach den Angaben im Konzernanhang unter Aufgabe der Unternehmensfortführung aufgestellt wurde, beurteilen wir insbesondere die sachgerechte Anwendung und Erläuterung dieser Grundlage. Unsere Schlussfolgerungen beruhen auf den bis zum Datum unseres Vermerks erlangten Prüfungsnachweisen.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender

geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, sowie die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Vermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU Abschlussprüferverordnung

Wir wurden durch Beschluss des Amtsgerichts München vom 3. September 2026 zum Konzernabschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2023, 2024 und 2025 bestellt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2023 als Konzernabschlussprüfer der Gesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Vermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der EU-Abschlussprüferverordnung in Einklang stehen.

Wir haben keine Leistungen, die nicht im Konzernabschluss oder im Konzernlagebericht angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die Gesellschaft oder für die von ihr beherrschten Unternehmen erbracht.

Wir erklären gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchstabe f der EU-Abschlussprüferverordnung, dass wir keine nach Artikel 5 Abs. 1 der EU-Abschlussprüferverordnung verbotenen Nichtprüfungsleistungen erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unabhängig von der geprüften Gesellschaft geblieben sind.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Werner Mörtl.
München, den 16.09.2026

Palladium GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

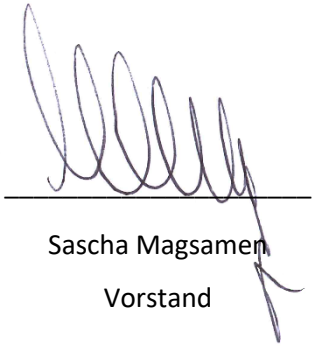


Mörtl
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 02.06.2026



Sascha Magsamen

Vorstand

Impressum

creditshelf AG
Hausener Weg 29
60489 Frankfurt am Main

Handelsregister: HRB 112087
Registergericht: Amtsgericht Frankfurt am Main

Vertreten durch den Vorstand:
Sascha Magsamen

Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Hans-Georg Möckesch

Kontakt

Telefon: +49 (0) 69 788 088 06 0
Telefax: +49 (0) 69 788 088 06 88
E-Mail: info@creditshelf-ag.de

Die Gesellschaft wird künftig unter der Nexum Group AG mit Sitz in 80539 München firmieren.